

Hildebrandt, Eckart

Working Paper

Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung

WZB Discussion Paper, No. P 99-507

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Hildebrandt, Eckart (1999) : Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung, WZB Discussion Paper, No. P 99-507, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/50282>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Veröffentlichungsreihe der Querschnittsgruppe **Arbeit & Ökologie**
beim Präsidenten des
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

P99-507

Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung

Eckart Hildebrandt



Berlin, im Oktober 1999

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)
Reichpietschufer 50, 10785 Berlin
Telefon: (030) 254 91-0

Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“

Im WZB sind auf Initiative des Präsidenten „Querschnittsgruppen“ zu Themen eingerichtet worden, die in mehreren Abteilungen bearbeitet werden und abteilungsübergreifend besondere Aufmerksamkeit verdienen. Bestehende Forschungsansätze und Forschungsarbeiten werden neu ausgerichtet auf wissenschaftliche Zusammenhänge hin, deren Erforschung von der Verknüpfung unterschiedlicher abteilungsspezifischer Kompetenzen profitieren kann. In Querschnittsgruppen werden auf Zeit problembezogene Forschungsk Kooperationen organisiert.

Die Querschnittsgruppe Arbeit & Ökologie konzentriert ihre Aktivitäten in den Jahren 1998 und 1999 auf ein Forschungsprojekt, das soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zum Untersuchungsgegenstand hat. Es wird in einem Forschungsverbund mit den Kooperationspartnern Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI) durchgeführt und von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) gefördert. An dem Projekt „Arbeit + Ökologie“ beteiligen sich seitens des WZB Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus sechs Forschungseinheiten. Eckart Hildebrandt (Abteilung „Regulierung von Arbeit“) und Helmut Weidner (Abteilung „Normbildung und Umwelt“) koordinieren die Querschnittsgruppe und leiten das Forschungsprojekt, an dem auch externe Experten beteiligt sind.

Über die Arbeitsergebnisse wird fortlaufend in WZB-discussion-papers informiert. Eine Übersicht der bisher erschienenen Papiere findet sich am Ende des vorliegenden papers.

Weitere Projektinformationen sind im Internet unter <http://www.wz-berlin.de/aoe/> und <http://www.a-und-oe.de> erhältlich.

Verbundprojekt „Arbeit + Ökologie“

Die Gewerkschaften haben im DGB-Grundsatzprogramm von 1996 die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung zu einer wichtigen Aufgabe erklärt. Ihre Suche nach einer sozial-ökologischen Reformstrategie steht unter der Prämisse, daß ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele gleichwertig verfolgt werden müssen, wobei erhebliche Defizite bei der Berücksichtigung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeitskonzepten konstatiert werden.

Vor diesem Hintergrund haben sich die drei Forschungsinstitute DIW, WI und WZB mit ihren jeweils spezifischen fachlichen Kompetenzbereichen zum Forschungsprojektverbund „Arbeit + Ökologie“ zusammengetan. Dessen Hauptziel ist es, soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zu untersuchen. Damit soll die Diskussion in Deutschland mit neuen Aspekten belebt und den Gewerkschaften eine fundierte Grundlage für ihren Strategiebildungsprozeß geboten werden.

Dabei wird sich das Forschungsprojekt auf drei Leitfragestellungen konzentrieren: (1) das Verhältnis zwischen den sozialen Implikationen von Nachhaltigkeitsstrategien und gewerkschaftlichen Zielen, (2) die Bausteine einer sozial-ökologischen Reformstrategie und (3) die Rolle der deutschen Gewerkschaften in einem gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs.

Das Projekt ist in die folgenden drei, zeitlich gestaffelten Phasen gegliedert:

Querschnittsanalysen: Sie dienen der Erfassung und Klärung der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Nachhaltigkeit und Arbeit, die sich aus ökonomischer, sozialer und ökologischer Sicht ergeben. Hierbei wird es auf der Makroebene etwa um Fragen von Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsentwicklung, sozialer Sicherheit und Ressourcenverbrauch gehen; auf der Mikroebene werden neue Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten, das Verhältnis von formeller und informeller Arbeit sowie sozial-ökologische Innovationspotentiale untersucht. Die Analyseergebnisse sollen Grundlagen für die Beurteilung von Szenarien schaffen und der Formulierung von Strategien dienen.

Szenarioanalysen: Um dem Spektrum verschiedener Positionen in der Nachhaltigkeitsdiskussion gerecht zu werden, sollen zwei unterschiedliche Nachhaltigkeitsszenarien entwickelt und analysiert werden. Das sogenannte ökonomisch-soziale Szenario (DIW) geht von der ökonomischen Kritik an der vorherrschenden Wirtschaftspolitik aus, während das sogenannte ökologisch-soziale Szenario (WI) auf der ökologischen Kritik vorherrschender umweltrelevanter Politikmuster basiert. Als Hintergrundfolie für die Beurteilung dieser beiden Nachhaltigkeits-szenarien dient ein sogenanntes angebotsorientiertes Kontrastszenario (DIW), das auf einer Fortschreibung bisher dominierender wirtschaftspolitischer Konzepte beruht.

Erarbeitung von Strategieelementen: Die Bewertung der Szenarien nach (aus den Querschnittsanalysen gewonnenen) ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien der Nachhaltigkeit soll Zielkonflikte und -synergien aufdecken und damit der Strategieformulierung dienen. Diese können – gemeinsam mit weiteren Strategien, die aus der Analyse von Konfliktpotentialen und aus den Querschnittsanalysen gewonnen wurden – einen Beitrag für die Entwicklung einer gewerkschaftlichen sozial-ökologischen Reformstrategie liefern.

Arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalysen

Der Versuch, soziale Interessenlagen und gesellschaftliche Entwicklungsdynamiken mit ökologischen Anforderungen in Verbindung zu bringen, stößt unmittelbar auf die tiefe Trennung der gesellschaftlichen Systemlogiken (Ökologie, Ökonomie, Soziales), die in den gültigen Regelungssystemen, den Strategien und Maßnahmen der gesellschaftlichen Akteursgruppen in den jeweiligen Politikfeldern und auch in den Köpfen der Wissenschaftler eingeschrieben ist. Obwohl immer wieder Initiativen zur Verknüpfung von Arbeit und Ökologie gestartet werden, sind diese bisher punktuell und widersprüchlich geblieben. Das Beispiel der Beschäftigungswirkungen von Umweltschutzmaßnahmen ist hier das prägnanteste. Eine systematische Analyse der Vielfalt und der Vielschichtigkeit der Zusammenhänge steht bisher aus.

Zur Überwindung dieser Segmentierung, und um die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Arbeit und Ökologie zu erfassen, führt das WZB für den arbeitspolitisch-sozialen Teil des Forschungsvorhabens eine breite Überblicksanalyse zu den Berührungspunkten zwischen Arbeit und Ökologie durch, die durch drei Politikfelder geprägt werden: den Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit (Wettbewerbsmodelle), der Stellung der Arbeit in Nachhaltigkeitskonzepten bzw. ihre arbeitspolitischen Folgen und den Zukunftserwartungen an Arbeit, wie sie von der Arbeitsbevölkerung und ihren Interessenvertretungen gesehen werden (Wohlfstandsmodelle).

Mit dieser Vorgehensweise soll (a) die ganze Breite arbeitspolitischer Gestaltungsfelder durchgeprüft werden, um sicherstellen, daß auch die eher indirekten ökologischen Voraussetzungen und Folgen arbeitspolitischer Strategien erfaßt werden, (b) die verschiedensten Wechselwirkungen analysiert werden, ohne sie aus den arbeitspolitischen Bewertungszusammenhängen zu lösen, sowie (c) durch die breite Überblicksanalyse alle für eine gewerkschaftliche Nachhaltigkeitsstrategie relevanten Felder und Strategien ausfindig gemacht werden, d. h. sowohl Bereiche hoher Synergie wie auch Bereiche absehbarer Konflikte.

Aufgrund der Wahl eines breiten, überblicksanalytischen Ansatzes ergab sich notwendigerweise das Problem der Strukturierung und Bündelung der zahlreichen Themenbereichsanalysen. Hierzu wurden fünf Themenfelder konstruiert, in denen Detailanalysen anzufertigen waren, die um Überblicksanalysen ergänzt werden. Die Themenfelder lauten:

- I. Arbeit im und durch Umweltschutz
- II. Risiken und Chancen in der Erwerbsarbeit, neue Arbeitsformen und Arbeitsverhältnisse
- III. Gesundheitsschutz – Arbeitsschutz – Umweltschutz
- IV. Neue Formen der Arbeit und der Versorgung
- V. Neue Regulierungsformen

Die arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalyse des WZB stellt mit ihrer Vielzahl von Bereichsanalysen durch die analytische Erschließung des Zusammenhangs von Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit mit den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung unter Einbeziehung der subjektiven Wertvorstellungen zu Arbeit einen eigenständigen Forschungsschritt dar. Mit der Veröffentlichung der einzelnen Studien werden die Resultate der arbeitspolitisch-sozialen Querschnittsanalysen einer breiten Diskussion zugänglich gemacht.

P99-507

Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung

Eckart Hildebrandt

Zusammenfassung

Das Normalarbeitsverhältnis befindet sich in einem Prozeß der Erosion, der durch die Globalisierung der Ökonomie, die Diversifizierung und Flexibilisierung der Arbeitsformen und die Individualisierung der Lebensführung geprägt wird. Die Flexibilisierung der Arbeitszeitpolitik und der Arbeitszeitmuster bildet einen zentralen Hebel zur Herausbildung eines neuen und flexiblen Arbeitstypus. In ihm treffen sich Erwartungen an mehr individuelle Gestaltungsmöglichkeiten in der Erwerbsarbeit und an mehr Zeitsouveränität zur Verfolgung persönlicher Interessen. Mit dem flexiblen Arbeitstypus sind aber auch Befürchtungen verbunden, von steigendem und selbst zu verantwortendem Leistungsdruck, von zunehmendem Planungsaufwand und Koordinationsproblemen in der Freizeit, von steigender Abhängigkeit von betrieblichen Vorgaben und sozialer Unsicherheit. Mehr private Zeitverfügung wirft darüber hinaus Fragen nach den sozialen Inhalten und Effekten der Zeitnutzung auf, gerade in einer historischen Phase, in der sich traditionelle soziale Bindungen auflösen und in der gesundheitliche und ökologische Risiken die Lebensqualität einschränken.

Der Beitrag stellt am Beispiel des Mustertarifvertrags der Volkswagen AG zu einer arbeitsplatzsichernden Arbeitszeitverkürzung die Frage nach den Wechselwirkungen zwischen flexibler Arbeitsgestaltung und alltäglicher Lebensführung, genauer nach den Effekten von Arbeitszeitverkürzung, Arbeitszeitflexibilisierung und Einkommensminderung auf Zeitwohlstand und sozial-ökologisches Engagement.

Abstract

The normal pattern of work is at present undergoing a process of erosion determined by globalization of the economy, diversification and flexibility of work patterns, and individuality of lifestyles. The flexibility in work time policy and patterns provide the means to develop a new, all around flexible type of work, whereby more opportunities to individually shape one's job as well as having more sovereignty over one's time, for instance, to pursue individual interests should result. Nevertheless, job flexibility gives rise to some specific concerns over increased personal stress for individual workers, the need for more efficient planning and coordination of work time and leisure time activities, increasing dependence of individual workers on company structures, and less social security for workers. In addition to those concerns, having more free time at one's disposal draws attention to issues about the social content and effect of time use, especially during an historical phase in which traditional social ties are vanishing and where risks to human health and the environment diminish the general quality of life.

The Volkswagen AG has entered into a model collective agreement with its workers, which aims to reduce work time in favor of job security. This paper deals with the interaction between flexible job organization and daily individual lifestyle, focusing in particular on the effects of work time reduction, work time flexibility, wage decline in favor of increased leisure time, and social-ecological commitment.

Inhaltsverzeichnis

1.	Paradigmenwechsel in der Umweltpolitik und soziales Verhalten	1
2.	Soziale Kontextualisierung	3
3.	Das Konzept Nachhaltigkeit und seine soziale Dimension	5
4.	Ein exemplarischer Pfad der Zukunft der industrieller Erwerbsarbeit: die beschäftigungssichernde Arbeitszeitverkürzung und die „atmende Fabrik“	8
5.	Flexible Arbeit und die Ambivalenzen des neuen „Arbeits(unternehmer)typus“	10
6.	Die Flexibilisierung der Arbeitszeitmuster erfordert ein individuelles Zeitmanagement und die Entgrenzung von Arbeit und Leben	12
7.	Zeitwohlstand durch betriebliche Arbeitszeitpolitik?	14
8.	Leitbilder vom „guten Leben“ zwischen Wohlstandsorientierung, Krisenerfahrung und Zukunftsunsicherheit	16
9.	Umweltbewußtsein – Umweltwissen – Umwelthandeln	19
	Automobilismus in der Autostadt	20
10.	Alltägliche Lebensführung	22
10.1	Chancen für nachhaltigen Konsum?	22
10.2	Haus und Garten als ein ökologisches Gestaltungsfeld?	23
10.3	Anstöße für ökologische Umstellungen der Lebensführung	24
10.4	Umweltverhalten im Arbeitsprozeß	26
11.	Ökologisches Engagement in der Öffentlichkeit und im Betrieb	28
11.1	Ökologisches Engagement im kommunalen Umfeld	28
11.2	Stellvertretung und Delegation – Mangel an Beteiligungsangeboten und Partizipationsanforderungen	29
11.3	Im Spannungsfeld zwischen Arbeits- und Lebensinteressen	32
12.	Zusammenfassung	35
	Literatur	38

1. Paradigmenwechsel in der Umweltpolitik und soziales Verhalten

Die Diskussion um die Bedeutung wachsender Umweltzerstörung für das Alltagsleben der Menschen hat sich in einer spezifischen Sichtweise entwickelt. Umwelt wird dabei als Außenwelt des Menschen begriffen, die einerseits Bedrohung der Lebenswelt ist, andererseits Ressourcen zur Steigerung von materiellem Wohlstand und das Ambiente für Freizeitaktivitäten zur Verfügung stellt. Die Zerstörung dieser Ressourcen wird erst dann negativ wahrgenommen, wenn sie die etablierte Lebensführung ernsthaft beeinträchtigt: durch die Gefährdung der eigenen Gesundheit, durch die Zerstörung lebensnaher Natur, durch die sinkende Verfügbarkeit von natürlichen Ressourcen für Versorgung und Produktion, durch Arbeitsplatzgefährdungen oder durch im Familienbudget spürbare Preissteigerungen, die mit den Anforderungen erhöhten Umweltschutzes begründet werden. Die Art und Reichweite der Folgen für die Lebensführung werden durch das herrschende Paradigma in der Umweltpolitik geprägt.

Die bis heute dominante Form des *nachsorgenden Umweltschutzes* hat für die individuelle Lebensführung der Menschen drei wesentliche Wirkungen: Erstens erhöht sie die Kosten der Lebenshaltung durch gestiegene Preise von Produkten oder durch Kosten zusätzlicher Dienstleistungen. Zweitens erfordert sie eine erhöhte persönliche Aufmerksamkeit für Probleme des Umweltschutzes in allen Lebensbereichen, da die Vermeidung von Umweltschäden und die Auswahl von Produkten und Dienstleistungen größtenteils in individueller Verantwortung bleiben. Drittens erfordert diese Vermeidung einen erheblichen persönlichen Aufwand an Zeit und Geld: in Form von Informationsbeschaffung, der Auswahl von Konsumakten unter Berücksichtigung des zusätzlichen Kriteriums Umweltverträglichkeit, der Beschaffung und der sparsamen und pfleglichen Nutzung von Gütern, der Mülltrennung und des Recycling. Aus dieser Aufzählung wird bereits deutlich, daß dieses Paradigma der Umweltpolitik an erhebliche personelle Voraussetzung gebunden und mit erheblichen Zumutungen für die Bürger verbunden ist. Daraus resultiert ein grundlegendes Spannungsverhältnis, das auf der einen Seite durch eine hohe Besetzung der Umweltproblematik als Bedrohung von Lebensqualität und Zukunft bestimmt ist, auf der anderen Seite durch erhebliche Zusatzbelastungen der alltäglichen Lebensführung.

Wie ist dieses Spannungsverhältnis zu bestimmen? Als wichtige Einflußfaktoren bieten sich die Interessendefinitionen der Betroffenen und das Gewicht der Zusatzbelastungen an.

In bezug auf die *Interessenlagen des einzelnen* ist einmal die steuernde Bedeutung der vorhandenen individuellen Umweltorientierung wichtig, d. h. das Ausmaß, in dem diesbezügliche persönliche Überzeugungen das Alltagshandeln in den verschiedenen Lebensbereichen prägen. Hier eröffnet sich ein breites Spektrum zwischen überzeugten „Ökos“, die den Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Umwelt ein normatives Primat geben und bereit sind, dafür Einschränkungen bei anderen Aspekten von

Lebensqualität hinzunehmen. In der Mitte befindet sich die Gruppe der „rational“ Kalkulierenden, die Umweltschutzaspekte nur dort berücksichtigen, wo für sie wenig Zusatzaufwand entsteht und der Lebensstandard nicht eingeschränkt wird. Am anderen Ende des Spektrums befinden sich Personen, die Umwelterwägungen bewußt ablehnen bzw. direkte Umweltauswirkungen prinzipiell bestreiten und expressiv Ressourcen vernutzen.

Für die individuelle Interessenlage dürfte aber noch entscheidender sein, inwieweit die Personen ihre Lebensqualität als direkt durch Umweltzerstörung eingeschränkt empfinden. Dabei kommen in erster Linie umweltbedingte Erkrankungen, Einschränkungen der Ernährungsvielfalt und Verschlechterungen des Lebensumfelds durch Lärm, Gefahrstoffemissionen, Bodenverbrauch sowie Umweltvergiftung und -zerstörung in Frage. Die Problemwahrnehmung wird durch gewichtige subjektive Faktoren beeinflusst: die Sensibilität für diese Gefährdungen, ihre Gewichtung in Abwägung mit anderen Interessenlagen und die individuellen Umgangsformen insbesondere angesichts anderer Lebenszwänge.

Bei dem zweiten Bündel von Einflüssen, den *Zusatzbelastungen durch Umweltschutz*, sind mindestens drei Faktoren besonders zu berücksichtigen. Erstens die grundsätzliche Belastungssituation der betreffenden Person bzw. Personengruppe, zu der die Anforderungen von umweltverträglichem Verhalten hinzukommen, und die viel mit dem gegebenen Lebensstandard und dem Wohlbefinden zu tun hat – also auch mit der Ausstattung an Zeit und Geld. Zweitens die Ausgestaltung des gesellschaftlichen Angebots an Produktalternativen, an Dienstleistungen und Infrastrukturen, die den Zusatzaufwand umweltverträglichen Verhaltens bezüglich Zeit und Geld bestimmen. Und drittens die individuellen Kapazitäten für die Nutzung von ökologischen Angeboten bzw. die Fähigkeit, sich solche Nutzungsformen selbst zu erschließen; dazu gehören Bildung und Informationen, Mobilität und Kommunikationsfähigkeit sowie soziale Milieus, die abweichendes Verhalten unterstützen.

2. Soziale Kontextualisierung

Die gesellschaftliche Debatte um ein umweltgerechteres Verhalten der Bevölkerung hat sich lange auf die Anhebung des Umweltbewußtseins konzentriert. Das Wissen um die mittel- und langfristigen, weltgesellschaftlichen Gefährdungen galt als entscheidender Motor für Veränderungen insbesondere des Konsumverhaltens. Befunde über die Diskrepanz zwischen Umweltbewußtsein und Umweltverhalten gaben vielfältigen Anlaß zu (normativ begründeter) Kritik an den Bürgern, in deren Mittelpunkt die Behauptung von unreflektiertem Anspruchsdenken und Bequemlichkeit gestellt wurde (in der Wissenschaft vgl. z. B. Preißendörfer/Franzen 1996). Wir haben aber bereits in den ersten Überlegungen einige Einflußfaktoren genannt, die zu sozialen Blockierungen von allein ökologisch kalkulierten Maßnahmen führen. Erst ein sozialwissenschaftlicher Ansatz, den wir *Kontextualisierung* nennen, ist in der Lage, solche Blockierungen zu erklären und zu sozialen Voraussetzungen und Bedingungen hinführen, deren eigenständige Berücksichtigung Umweltschutzpolitiken umsetzbar macht. Wir verstehen Kontextualisierung in dreifacher Hinsicht:

Erstens in der Berücksichtigung der *gesellschaftlichen Leitbilder*, die in Politikstrategien, in Institutionen, Normen und Regelungsmechanismen sowie im Vorbildhandeln gesellschaftlicher Leitfiguren vergegenständlicht sind und die die Lebensweise der Mehrheit der Bevölkerung bestimmen. Das in Arbeiterkreisen noch dominante Leitbild geht auf die Erhardtsche Formel „Wohlstand für alle“ zurück.

Zweitens bedeutet Kontextualisierung die Berücksichtigung der *Gesamtheit von Handlungspotentialen im Verhältnis zu den Handlungsanforderungen* aus den verschiedenen Lebensbereichen, in die jede(r) eingebunden ist und die individuell nur zum Teil beeinflussbar sind. Hier spielt die Integration in gesellschaftliche Arbeit, die Verfügbarkeit von Ressourcen an Geld und Zeit, an Wissen und an körperlicher und geistiger Leistungsfähigkeit eine herausgehobene Rolle und führt zu einer sozialen Schichtung von Lebensweisen. Dabei gerät auch der Tatbestand in den Blick, daß jede(r) einzelne gleichzeitig in einer Vielzahl von (sich ergänzenden) Arbeitstätigkeiten aktiv ist, die durch die Fokussierung auf die Erwerbsarbeit in ihrer Mehrzahl ausgeblendet werden (Versorgungsarbeit, Gemeinschaftsarbeit, Eigenarbeit; vgl. Bundesministerium für Familie und Senioren 1994).

Drittens fällt hierunter die gern übersehene Tatsache, daß jeder bei jedem Verhalten gleichzeitig eine *Vielzahl von persönlichen Interessen* verfolgt bzw. zu berücksichtigen hat, die überhaupt nicht notwendigerweise harmonieren. Grundinteressen sind beispielsweise die Erzielung eines wohlstandssichernden Einkommens, die Kontrolle über die eigene Lebenssituation, die Sicherung einer Lebensperspektive, Gesundheitserhaltung und soziale Teilhabe. Zu diesem Interessenbündel ist nun der Umweltschutz – in der Regel nur als weitere Rahmenbedingung der Realisierung der Kerninteressen – hinzugetreten und erhöht die Komplexität und teilweise auch die Widersprüchlichkeit der jeweiligen Handlung. Aufgrund der Ausgestaltung unseres Zivilisa-

tionsmodells (der Unabhängigkeit von der Natur bzw. der Rekonstruktion einer kommensurablen Natur) gibt es nur ein vermitteltes Interesse an der Erhaltung der Natur selbst – soweit ihre Verschlechterung mit einer Beeinträchtigung eines Kerninteresses verbunden ist. Daher steht Umweltschutz, außer in seinem eigenen Politikfeld (z. B. dem sogenannten *sozial-ökologischen Engagement* von Bürgern, siehe unten), bei so gut wie keiner Personengruppe an erster Stelle. Komplizierend tritt hinzu, daß die individuellen Interessenprioritäten nicht nur nach Lebensphase und Lebenssituation, sondern auch nach Handlungsfeldern wechseln und insofern gesellschaftlich hochgradig heterogen sind.

Die Anerkennung dieser Komplexität und Variabilität wirft eminente Probleme auf, die nicht nur den vorherrschenden Politikstil (Problemdefinition, Strategiebestimmung, Maßnahmenwahl und Umsetzung) überfordern, sondern auch die Wissenschaften aufgrund ihrer hermetischen Segmentierung und spezifischen Modellierung des Mensch-Natur-Verhältnisses.

3. Das Konzept Nachhaltigkeit und seine soziale Dimension

Das umweltpolitische Paradigma des additiven, nachsorgenden Umweltschutzes zeichnete sich dadurch aus, daß es als Bereichskonzept die Voraussetzungen und Folgewirkungen in anderen Politikbereichen ausgeklammert hat. Seine Bezugspunkte waren (nach einem Phasenmodell von Dyllick) zuerst die defensive Marktabsicherung durch die Verringerung von Emissionen und Störfällen, dann die Verminderung von ökologisch bedingten Kosten und schließlich die Ausdifferenzierung und Effektivierung von Produkten unter ökologischen Gesichtspunkten.

Das Paradigma der Nachhaltigkeit knüpft an diese Dynamik an und erweitert sie unter verschiedenen Perspektiven. Seine Merkmale liegen – jenseits der vielfältigen Definitionsangebote – in folgenden *Horizontenerweiterungen*:

- langfristige Zukunftsorientierung;
- internationale und intergenerative Gerechtigkeit;
- gesellschaftliche Entwicklungspfade zwischen ökologischen Leitplanken;
- Strategien in Wechselwirkungen zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem;
- Definitions-, Operationalisierungs- und Umsetzungsprozesse unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen.

Durch diese mehrdimensionalen Horizontenerweiterungen erhält das Konzept eine immense Komplexität. Hans-Peter Dürr hat dementsprechend das Konzept als Optimierung zwischen unscharfen und sich ständig verändernden Zielen charakterisiert. In Politik und Wissenschaft würde dies bedeuten, die historisch aufgebaute Ausdifferenzierung in Politikfelder und Wissenschaftsdisziplinen durch Dialoge, Kooperationen und Netzwerkstrukturen aufzubrechen und gemeinsame Strategien zu entwickeln. Da aber diese Ausdifferenzierung gerade die Vereinfachung, Absicherung und Effektivierung von Bereichspolitiken ermöglicht hat, stehen dieser „Überbrückung“ massive Gegenkräfte gegenüber. Das inzwischen gesellschaftlich akzeptierte triadische Prinzip der „Gleichwertigkeit von Ökonomie, Ökologie und Sozialem“ zerfällt in der Realität immer wieder in Bereichsinteressen und Strategien; Nachhaltigkeit wird im wesentlichen auf ökologische Nachhaltigkeit reduziert.

Die *soziale Dimension der Nachhaltigkeit* ist in diesem Konzept nur grundsätzlich und in nicht widerspruchslöser Weise angesprochen:

- als grundlegendes und gleiches Recht aller Erdenbürger auf ein menschenwürdiges Leben;
- im Prinzip der internationalen und intergenerativen Umverteilung in bezug auf die Voraussetzungen von Lebensqualität (Sozialkapitalbildung, gesellschaftliche Teilhabe, Ressourcennutzung);
- in der daraus abgeleiteten Notwendigkeit eines anderen Wohlstands in den Industrieländern.

Die Forderung nach internationaler und intergenerativer Chancengleichheit und Umverteilung enthält eine große Sprengkraft, die sich in den Formeln der Reduzierung des Ressourcenverbrauchs um einen Faktor 4 bis 10 ausdrückt. Das bedeutet nicht nur einen grundlegenden Wandel der Wirtschaftsstruktur (von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft), der über schwer absehbare Strukturbrüche mit gravierenden Beschäftigungswirkungen verläuft, sondern auch eine Veränderung des gesamten Wohlstandsmodells von einem auf Erwerbsarbeit beruhenden konsumtiven Wohlstand zu einem „ressourcenleichten Konsum“. In bezug auf das *Leitbild des „gut leben statt viel haben“* (BUND/Misereor 1996) oder des „weniger, langsamer, besser, schöner“ (vgl. Toblacher Thesen, zuletzt in Frankfurter Rundschau vom 22.9.1999, S. 20) sind die Prinzipien der vier E's formuliert worden (Sachs 1993):

- Entschleunigung = die Entdeckung der Gemächlichkeit,
- Entflechtung = Renaissance der Orte,
- Entkommerzialisierung = Ausschau nach den „common sound“,
- Entrümpelung = die Eleganz der Einfachheit.

Diese Prinzipien sind einerseits aus der ökologischen Strategie der Dematerialisierung abgeleitet, versprechen andererseits die Möglichkeit eines anderen Wohlstands, der stärker auf immateriellen Lebensqualitäten beruht und aus einem sozial-historischen Rückblick auf „das gute Leben“ gewonnen worden ist. Das Leitbild verspricht eine „Win-win“-Situation auch in den hochindustrialisierten Ländern, in der größere Umweltverträglichkeit mit einem anderem Wohlstand auf hohem Niveau verbunden werden kann. Dieses normative, auf den ersten Blick einleuchtende Konzept wirft aber ganz schnell eine Reihe von gravierenden Fragen auf:

- Ist dieses neue Leitbild an die vorhandenen Interessenlagen, Erfahrungen und Wünsche der Bürger anschlussfähig, und wenn ja, gilt dies für alle Gesellschaftsgruppen gleichermaßen?
- Haben sich bereits Handlungsmuster entwickelt, die in Richtung auf Nachhaltigkeit ausgebaut werden können, welche verstärkenden und welche behindernden Bedingungen und Einflußfaktoren existieren?
- Wie verhalten sich die Prinzipien der Nachhaltigkeit zu den absehbaren Entwicklungsdynamiken in den Politikfeldern, die für die Lebensqualität der Bürger in Deutschland entscheidend sind: Arbeit, Einkommen, Gesundheit, Beteiligung, Demokratie und Gleichheit? Welche Synergien und welche Widersprüche existieren, wo bestehen Möglichkeiten der Bündelung verschiedener Interessen?

Wir wissen inzwischen aus der Umweltpolitik, daß der aktuelle Problemdruck ökologischer Risiken durch mehrere Faktoren beschränkt wird: durch die zeitlich und örtlich versetzten Auswirkungen, durch die Komplexität der Wechselwirkungen und die Unsicherheiten der Vorhersage, durch die häufig fehlende sinnliche Wahrnehmbarkeit und aufgrund ungeklärter Verantwortlichkeiten. Wie stark ist demgegenüber die direkte Betroffenheit der Menschen durch Umweltschäden, wie stark prägt das Wissen um die ökologischen Grenzen und die Ungerechtigkeit der Ressourcennutzung die alltägliche Interessenausprägung und wie stark sind sie mit den Lebensinteressen verknüpfbar?

Wir denken, daß diese Fragen nur empirisch und exemplarisch zu beantworten sind und daß weitere Schritte der Interdisziplinarität erforderlich sind. Wir haben unseren Fokus auf die *Wechselwirkungen zwischen den neuen Entwicklungsdynamiken der Erwerbsarbeit und den Anforderungen der Nachhaltigkeit* gelegt. Gerade in einer Phase der Dauer- und Massenarbeitslosigkeit, der Verunsicherung der Zukunftsentwürfe durch eine vielfältige Flexibilisierung der Arbeit, des Umbaus des Sozialstaats und neuer sozialer Ausgrenzungen hat die Zentralität der Erwerbsarbeit eher zugenommen und die Bereitschaft abgenommen, zugunsten der Umwelt auf Erwerbsarbeitschancen und Konsum zu verzichten. Von daher besteht ein großer Forschungsbedarf zur Zukunft der Arbeit und ihren Beziehungen zur Nachhaltigkeit – gerade auch deshalb, weil bei der Gestaltung der Arbeit in der Regel überhaupt nicht an ökologische Kriterien gedacht wird.

4. Ein exemplarischer Pfad der Zukunft der industrieller Erwerbsarbeit: die beschäftigungs-sichernde Arbeitszeitverkürzung und die „atmende Fabrik“

Die Volkswagen AG hat zum Jahresende 1993 einen Haustarifvertrag abgeschlossen, der bundesweit und auch international als vorbildlich für eine Unternehmensstrategie bewertet wurde und der die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit des Konzerns mit der Erhaltung sozialer Standards verbindet. In diesem „concession bargaining“ einigten sich Unternehmensleitung, Gewerkschaften und Landesregierung auf eine solidarische Tarifpolitik: Rechnerisch 30.000 Arbeitsplätze wurden durch eine kollektive Arbeitszeitverkürzung um 20 Prozent und eine ebenso hohe Einkommensverringering gesichert, wobei das monatliche Einkommen stabil gehalten wurde. Dadurch wurde das Arbeitsvolumen mit im Vergleich zu alternativen Maßnahmen geringen Zusatzkosten verringert und durch eine sogenannte Flexibilitätskaskade an die Marktschwankungen angepaßt. Dieser Tarifvertrag war schwerpunktmäßig auf die Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen des Konzerns und auf die soziale Besitzstandswahrung der Konzernbelegschaft hin modelliert. Die Beschäftigungssicherung bedeutete unzweifelhaft einen großen Beitrag zur sozialen Nachhaltigkeit des industriellen Wandels und erbrachte einen exemplarischen Beitrag zur Abgleichung ökonomischer und sozialer Interessen. Ökologische Perspektiven waren allerdings von den Tarifparteien nicht einbezogen und ökologische Folgewirkungen nicht mitbedacht. Erst aus einer weiteren Perspektive heraus wird deutlich, daß diese Wechselwirkungen – obwohl sie von keiner Akteursgruppe reflektiert wurden – von großer Bedeutung sind. Denn wenn sie in einer solchen Pilotlösung nicht mitgedacht werden, werden die Weichen für die Zukunft allein nach ökonomisch-sozialen Kalkülen gestellt und ökologische Potentiale nicht genutzt bzw. verstellt.

Wir haben diese nicht gestalteten ökologischen Nebenfolgen, die nicht reflektierten Wechselwirkungen zwischen neuen Arbeitsmustern und nachhaltiger Lebensführung zum Gegenstand eines Forschungsprojekts gemacht, dessen diesbezügliche Resultate nachstehend resümiert werden (Hielscher/Hildebrandt 1999). Wir hatten folgende *Hypothesen zu den Wechselwirkungen zwischen Arbeitszeitpolitik und ökologischem Verhalten* aufgestellt:

- Die großschrittige Arbeitszeitverkürzung um 20 Prozent bietet einen Zuwachs an persönlicher freier Zeit, die eine neue Ressource für die Beschäftigten darstellt: z. B. Zeit für breitere sozial-ökologische Information und Bildung, Zeit für eine Reflexion der eigenen Lebensführung und für eventuelle Änderungen des Alltagsverhaltens.
- Die Verringerung des verfügbaren Einkommens erzeugt einen Druck, den kommerziellen Konsum einzuschränken – mit dem Effekt der Verminderung des Res-

sourcesverbrauchs – und die eigenen Konsumgewohnheiten zu überdenken. Daraus können Lernprozesse und Innovationen zu neuen, immateriellen Freizeitbeschäftigungen folgen, zu sparsamer und längerer Nutzung von Gebrauchsgütern, zu Selbsthilfe und Eigenarbeit.

- Ein Teil der neuen industriellen Arbeitsformen wie Gruppenarbeit oder Teams zum kontinuierlichen Verbesserungsprozeß erheben den Anspruch, mehr Raum für die individuelle Identifikation mit der Arbeit und für die Übernahme von Verantwortung für die Gestaltung der Arbeitsprozesse zu eröffnen. Dies könnte auch das generelle Verantwortungsbewußtsein der Beschäftigten für soziale und ökologische Folgen des eigenen Verhaltens in Arbeit und Leben befördern.
- In Zeiten der Beschäftigungskrise erhöht der Tarifvertrag die Arbeitsplatzsicherheit für die Konzernangehörigen. Diese Sicherheit bietet eine Grundlage für eine höhere Motivation zu reflektiertem und innovativem Verhalten in Arbeit und Leben.

Diese Thesen haben wir 1996/97 in 45 Beschäftigteninterviews in Wolfsburg und ca. 70 Expertengesprächen in Werk und Stadt überprüft. Als grundlegend für die Beurteilung der Auswirkungen des Tarifvertrags hat sich dabei die mehrdimensionale Flexibilisierung der Arbeit herausgestellt.

5. Flexible Arbeit und die Ambivalenzen des neuen „Arbeits(unternehmer)typus“

Die vielfältigen Formen der Modernisierung der gesellschaftlichen Arbeit, die das sogenannte Normalarbeitsverhältnis und die kollektiv regulierten Arbeitsbedingungen schrittweise ablösen, können unter dem Begriff der *Flexibilisierung* zusammengefaßt werden. Diese Flexibilisierung richtet sich auf die Beseitigung von arbeitsweltlichen Strukturen, Regelungen, Gewohnheiten und Orientierungen, die einer schnellen betrieblichen Anpassung an Marktentwicklungen und einer kontinuierlichen Optimierung der Leistungserstellung entgegenstehen. Dabei wird die umfassendere Nutzung des menschlichen Arbeitsvermögens durch Dezentralisierung, mehr Eigenverantwortung und steigende Arbeitsintensität zu einer immer wichtigeren Ressource. Die Ausdifferenzierung und Flexibilisierung des Arbeitskrachteinsatzes führt zur Ablösung von kollektiven Standards und Rhythmen durch zunehmend individualisierte und labile Arbeitsformen (in den Worten von Peter Hartz, Volkswagen AG: die „neue Zumutbarkeit“; vgl. Hartz 1996).

Die Flexibilisierung hat für die Beschäftigten prinzipiell offene, gestaltbare und hochgradig ambivalente soziale Folgen. Der Abbau bestehender Strukturen enthält einerseits Chancen der stärkeren Verwirklichung eher personenbezogener Fähigkeiten und situativer Interessen. Andererseits besteht das Risiko, daß die Schutz-, Entlastungs- und Orientierungsfunktionen der alten Strukturen für Arbeitnehmer geschwächt werden. Daher muß die deregulierte Situation neu reguliert werden; so aus Arbeitnehmersicht, um ein Mindestmaß an Sicherungen zu gewährleisten und um gleichzeitig die individuellen Gestaltungsmöglichkeiten der Flexibilisierung nutzbar zu machen. Dabei handelt es sich zunehmend um einen *Aushandlungsprozeß* zwischen betrieblichen und persönlichen Interessen, der in vorübergehende Vereinbarungen, in betrieblichen *Arrangements* mündet. Von betrieblicher Seite wird der tayloristische Umgang mit der Arbeitskraft, d. h. einer arbeitsteilig-detaillistischen Determinierung des Arbeitsvollzuges, zunehmend durch einen Umgang ersetzt, den englische Sozialwissenschaftler als „controlled autonomy“ oder „responsible autonomy“ bezeichnet haben (Friedman 1987). Harte Vorgaben bei den Unternehmenszielen werden zu dezentralen Zielvereinbarungen detailliert, die Ergebniserzielung wird durch die Freigabe dezentraler Gestaltungsmöglichkeiten und Verantwortlichkeiten unterstützt. Diese im Mittelpunkt radikaler betrieblicher Restrukturierung stehende, „fremdbestimmte Selbstorganisation“ bezieht sich tendenziell auf alle Dimensionen der Arbeit, auf den Arbeitsinhalt, die Arbeitstechnologien (IuK-Nutzung) und die Arbeitsorganisation (VW: kontinuierlicher Verbesserungsprozeß hoch 2 = KVP²), auf die Kooperationsformen (Teamarbeit), auf den Arbeitsort (Verleihungen im Konzern), die Arbeitszeit in all ihren Dimensionen (Flexibilitätskaskade) und nicht zuletzt auf die gesamte Lebenswelt. Daher ist es gerechtfertigt, von einem neuen Arbeitstypus zu sprechen.

Die Realisierung der Chancen der Flexibilisierung der Arbeit für die Beschäftigten und damit von höherer Lebensqualität stößt grundsätzlich an die Grenzen eines immanenten Widerspruchs des neuen Arbeitstyps, dem *Widerspruch zwischen Funktionalisierung und Eigenständigkeit im Betrieb*. Die Unternehmen fördern die Selbstorganisation des verantwortlichen Arbeitsunternehmers bzw. der Arbeitsgruppe nur insoweit, als sie funktional für betriebliche Interessen bzw. mit diesen vereinbar ist. Sobald entgegenstehende Interessen zwischen Betrieb und Privatperson auftreten, wird die prinzipiell geforderte Eigenständigkeit im betrieblichen Interesse herrschaftlich gebrochen. Die Auflösung dieses Widerspruchs liegt aus der Sicht des Managements darin, die Unternehmereigenschaft des neuen Arbeitstyps allein für das Unternehmen zu reklamieren, und d. h. faktisch, die gesamte Lebensführung der Beschäftigten zunehmend an der Erwerbsarbeit auszurichten. Damit wird das individuelle Zeitmanagement zu einem ständigen und bedrohlichen Abwehrkampf des einzelnen Beschäftigten gegen die Zumutungen des Betriebs, in dem die Ressourcen von Identität, von Eigenständigkeit und sozialer Kompetenz, die der Typ des Arbeitsunternehmers voraussetzt, zerstört werden können oder gar nicht entstehen.

6. Die Flexibilisierung der Arbeitszeitmuster erfordert ein individuelles Zeitmanagement und die Entgrenzung von Arbeit und Leben

Durch die Kombination von Arbeitszeitverkürzung, Arbeitszeitflexibilisierung und Pluralisierung der Arbeitszeitmuster ist auch in altindustriellen Großbetrieben – erst recht natürlich in den Klein- und Mittelbetrieben des neuen Dienstleistungsgewerbes – eine Entwicklung in Richtung eines „*individuellen Zeitmanagements*“ in Gang gekommen. Gemeint ist damit *ein komplexer und permanenter Abwägungsprozeß* jedes einzelnen Beschäftigten zwischen betrieblichen und persönlichen Anforderungen und Interessen. Dieser Prozeß beruhte bei VW auf einer Ausweitung bereits bestehender flexibler Arbeitszeitregeln (z. B. Gleitzeit, Mehrarbeit) und der Verbreitung neuer Zeitformen (zeitliche Abgeltung von Mehrarbeit, Zeitkonten, befristete Freistellungen).

Die betrieblichen Interessen liegen im wesentlichen in der Anpassung an Marktschwankungen, in Abstimmungsleistungen zwischen den einzelnen Abteilungen und Leistungsbereichen sowie in der optimalen Verfügbarkeit und Nutzung des betrieblichen Arbeitsvermögens.

Dem steht auf der Seite des Individuums ein *komplexes Geflecht von unterschiedlichsten Anforderungen und Interessen* aus den verschiedenen Lebensbereichen gegenüber, die sich sehr unterschiedlich in Zeitoptionen ausdrücken. Da ist an erster Stelle der Bedarf an einem wohlstandssichernden Einkommen, da ist die Summe der familiären Anforderungen mit Anteilen an der Erziehungs- und Hausarbeit, da sind die Anforderungen der Versorgungsinfrastruktur eines Haushalts, die immer arbeitsteiliger und aufwendiger zu bedienen ist (Self-service), und natürlich die Pflege der persönlichen Beziehungen und das Interesse an eigensinnigen Betätigungen wie Fortbildung, Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten in Haus und Garten, und nicht zuletzt der Bedarf an Erlebniskonsum. Diese Aufzählung allein verdeutlicht, wie zunehmend komplex und schwierig die Lebensführung als ständiges Arrangement dieser vielfältigen Anforderungen und Optionen mit steigendem Wohlstand geworden ist.

Mit der Verflüssigung der festen Grenzziehung zwischen Arbeit und Leben durch kollektive Arbeitszeitregime muß dieses lebensweltliche Arrangement auch noch mit dem arbeitsweltlichen Arrangement abgestimmt werden. Dieser Abwägungsprozeß hat seine sachliche Seite und hat seine soziale Seite. Er findet unter erheblichem Druck von Kollegen und Vorgesetzten auf der einen Seite, von Familie und Freunden auf der anderen Seite sowie von nicht abgedeckten eigenen Bedürfnissen nach Selbstverwirklichung statt. Durch die soziale Brisanz und durch die Permanenz des Abwägungsprozesses, aber auch durch dessen Konsequenzen für zukünftige Chancen und Sicherheiten auf dem Arbeitsmarkt erfordert der Abwägungsprozeß zusätzliche,

nicht-berufliche Qualifikationen und stellt eine zusätzliche Arbeitsbelastung neuen Typs dar.

Durch die alltägliche Abwägung des einzelnen zwischen seinen verschiedenen Lebens-tätigkeiten und aufgrund der zunehmenden Unberechenbarkeit und Instabilität des zukünftigen Beitrags der Erwerbsarbeit zur individuellen und gesellschaftlichen Versorgung kommt es zu einer Relativierung und Entgrenzung der Erwerbsarbeit, die einen *erweiterten Arbeitsbegriff* (vgl. z. B. Biesecker 1999) notwendig macht.

Unter dem Aspekt der *Lebensqualität* enthalten die flexiblen Zeitarrangements grundsätzlich Risiken und Chancen. Ihre Verteilung richtet sich nach:

- der Offenheit bestehender betrieblicher Regelungen für individuelle Optionen;
- der Durchsetzungsfähigkeit der betreffenden Beschäftigten(-gruppe) im betrieblichen Raum;
- der Ausprägung starker und eigenständiger Zeit-Interessen der Beschäftigten;
- der ökonomische Lage der Branche, des Unternehmens und der Ausprägung der betrieblichen Sozialverfassung.

Mit dieser Ausdifferenzierung der Chancen und Risiken ist die Gefahr einer zusätzlichen sozialen Spaltung der Arbeitsbevölkerung zwischen gelingenden und desolaten Arrangements gegeben.

7. Zeitwohlstand durch betriebliche Arbeitszeitpolitik?

Die gesellschaftliche Dynamik der Zeitgestaltung bildet sich auch darin ab, daß Zeitwohlstand zu einer Dimension von Wohlstand geworden ist. Der Ursprung dieses Begriffs dürfte an dem Punkt liegen, an dem die kollektive Begrenzung der Arbeitszeit ein Volumen an von Erwerbsarbeit freier Zeit geschaffen hat, das über die unmittelbaren Anforderungen der Reproduktion hinausging und damit prinzipiell gestaltbar war. Das herrschende Verständnis von Zeitwohlstand ist daher an die Kürze der Arbeitszeit, an das erreichte materielle Wohlstandsniveau und an die kulturelle Belastungssituation geknüpft. Bei der Reflexion von Strategien beschäftigungssichernder Arbeitszeitverkürzung müssen wir uns daher mit *zwei Konstellationsveränderungen* beschäftigen: mit der de facto unvermeidlichen Verknüpfung von Arbeitszeitverkürzung mit verschiedenen Formen der Zeitflexibilisierung und mit den inzwischen ebenso unvermeidlichen Wohlstandseinbußen durch Einkommensverringerung.

Die *Kombination von Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung* hat verschiedene Konsequenzen, von denen ich fünf andeuten will:

1. *Entlastungen* durch Arbeitszeitverkürzung, die zu einer Entspannung des Alltags führen, finden nur begrenzt und kaum noch in Form von zusätzlichen und fest kalkulierbaren Freizeitpaketen statt.
2. Sowohl Arbeitszeitverkürzung wie auch die Arbeitszeitflexibilisierung in Kombination mit erhöhter Eigenverantwortung bewirken eine systemische *Arbeitsverdichtung* und damit eine erhöhte Dauerbelastung für alle Beschäftigtengruppen in der Erwerbsarbeit, die die Arbeits- und die Lebensqualität zumindest langfristig beeinträchtigen werden.
3. Allen Beschäftigtengruppen steht prinzipiell das Recht zur alltäglichen Ausübung der *individuellen Zeitdisposition* zu. Dadurch entsteht eine neue Form des Zeitwohlstands, als Wegfall des Legitimationszwangs für Nichtarbeit aus persönlichen Gründen.
4. Die Externalisierung der betrieblichen Flexibilisierung auf die Lebensführung der Beschäftigten und auf die Gemeinschaft stellt *eine zusätzliche, private Belastung* dar. Sie äußert sich in einer steigenden Planungsunsicherheit, erhöhten Koordinationsleistungen mit den anderen Zeitgebern in Familie, Nachbarschaft und Kommune und in faktischen Synchronisationsproblemen. Die Entlastungswirkung stabiler, kollektiver Rhythmen entfällt.
5. Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung haben ganz unterschiedliche *Auswirkungen auf eigensinnige private Tätigkeiten*: Eine reine Arbeitszeitverkürzung stabilisiert vorhandene Arrangements der Lebensführung, ermöglicht das Ausdehnen bereits praktizierter eigensinniger Tätigkeiten und – allerdings sehr voraussetzungsreich – die Aufnahme bisher aus Zeitnot aufgeschobener Tätigkeiten. Die

Ausübung eigensinniger Tätigkeiten erfordert einen langfristigen Aufbau von Motivation, von Fähigkeiten und fördernder Infrastruktur und kann nicht von außen in Form von Freizeitangeboten übernommen werden. Arbeitszeitflexibilisierung dagegen stärkt nur dann eigensinnige Tätigkeiten, wenn sie nicht betrieblich dominiert wird und damit die Planbarkeit und Kontinuität von Zeitfenstern ermöglicht. Solche eigensinnigen Tätigkeiten in sozialen und politischen Gruppen, im Haus, Haushalt und Garten haben ihre eigenen Zeitlogiken und Zeitrhythmen, die bei einseitiger Flexibilisierung durch den betrieblichen Zeitgeber kaum berücksichtigt und von deren Dominanz zerstört werden.

Zu den *Konstellationsveränderungen im Verhältnis zwischen Zeitwohlstand und Geldwohlstand*: Der Umbruch der Wohlfahrtsentwicklung der Bundesrepublik wird auch durch die veränderte Beziehung zwischen Arbeitszeit und Einkommen signalisiert. Während früher kleinschrittige Arbeitszeitverkürzungen mit erheblichen Einkommenssteigerungen einhergingen, führen jetzt großschrittige Arbeitszeitverkürzungen (insbesondere Teilzeitarbeit) direkt zu erheblichen Einkommenseinbußen. Dadurch entsteht für jeden Beschäftigten das Problem, ein Optimum zwischen Zeitwohlstand und Geldwohlstand zu finden, sowie das zusätzliche Problem, unfreiwillige Nicht-Erwerbsarbeitszeit in Zeitwohlstand umzuwandeln. Denn wir wissen, daß weniger Erwerbsarbeit und weniger Geld in eine soziale Abwärtsspirale führen können und daß nicht realisierter Zeitwohlstand keine Kompensation für ein niedriges Einkommen ist. Auch der gestiegene Zeitwohlstand bei VW war nicht direkt angestrebt und erstritten, sondern entstand als Nebenfolge von Wettbewerbs- und Beschäftigungsstrategien und mußte von den Beschäftigten individuell und reaktiv gestaltet werden. Der einverständige und für beide Seiten produktive Tausch von Zeit gegen Geld wird in einer historischen Phase erschwert, in der einerseits für einen steigenden Anteil der Bevölkerung die Erwerbseinkommen unsicherer und tendenziell geringer werden und damit die Abhängigkeit von zusätzlichen Erwerbsquellen steigt, in der andererseits die unbegrenzte Verfügbarkeit und Bereitschaft zur bedingungslosen Selbstaussbeutung zu Kerntugenden der „employability“ zu werden drohen.

8. Leitbilder vom „guten Leben“ zwischen Wohlstandsorientierung, Krisenerfahrung und Zukunftsunsicherheit

Der Begriff des „guten Lebens“ ist nicht frei von emphatischen Konnotationen und wird sowohl von gesellschaftlichen Akteuren als auch subjektiv von den Individuen sehr unterschiedlich interpretiert. Er wird von dem jeweiligen soziokulturellen Kontext und der Lebenslage mit beeinflusst. Im Zusammenhang unserer Untersuchung des Arbeiter- und Angestelltenmilieus bei VW Wolfsburg sind normative Bezüge auf die alten Utopien der Arbeiterbewegung von besonderer Bedeutung. Es war die Vorstellung von einem besseren Leben in einer solidarischen Gesellschaft, in der die Entfremdung des Menschen in seiner Arbeit, in bezug zu den anderen Menschen und zur Natur aufgehoben wird. Arbeit und Leben waren in dieser Utopie eng verwoben, auch wenn im politisch-historischen Prozeß der letzten Jahrzehnte die Konzentration auf die „Freizeit“ als jenseits der Arbeit auszuweitende Lebenssphäre von Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung in den Vordergrund getreten ist. In der aktuellen Debatte um gewerkschaftliche Perspektiven wird „die Vision einer lebenswerten Zukunft“ durch Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Wohlstand und ökologische Verantwortung geprägt (DGB-Grundsatzprogramm von 1996, S. 2).

Den Leitbildern gegenüber steht die „normativen Kraft des Faktischen“, die für die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten ihre biographischen Entwürfe und ihre Lebensführung prägt. Der Lebenslauf folgte einer „Normalbiographie“ entlang eines bislang als sicher geltenden Systems von Erwerbsintegration, sozialer Sicherheit und Familie. Die Zentrierung auf lebenslange Berufsarbeit bis zur wohlverdienten Rente, auf die Kleinfamilie und auf einen stetigen Zuwachs an Wohlstand, der sich in Autobesitz und Hauseigentum repräsentiert, galt als Modell für ein gelungenes, „gutes“ Leben. Seit längerem werden nun die gesellschaftlichen Strukturen, auf die sich die „Normalbiographie“ stützen konnte, zunehmend destabilisiert, insbesondere die kontinuierliche Vollerwerbstätigkeit, die Einkommenszuwächse und die Verlässlichkeit des Systems sozialer Sicherungen. Hinzu kommt die generelle Infragestellung unseres Wohlstandsniveaus und unserer Lebensformen durch die internationale Ungleichheit und die ökologische Überlastung.

Wir haben die Beschäftigten nach der Einschätzung ihrer Lebensperspektive und nach ihren Vorstellungen über die materiellen und immateriellen Elementen des „guten Lebens“ befragt.

- In erster Linie wurden Mindestbedingungen eines menschenwürdigen Daseins als unverzichtbare Elemente eines „guten Lebens“ genannt: ausreichend Nahrung, eine Wohnung bzw. „ein Dach über dem Kopf“, Kleidung, Gesundheit.
- Schon seltener wurden darüber hinausgehende Vorstellungen von Wohlstand und Komfort artikuliert, die den gegenwärtigen Leitbildern der Konsum- und Erleb-

nisgesellschaft entsprechen. Dazu gehören eine Ausstattung mit Haus, Garten und Pkw, die Möglichkeit zu reisen und die Sicherheit eines aus Rücklagen gebildeten finanziellen Polsters. Wichtig war ein gewisser Spielraum für Konsumentenscheidungen und die Freiheit, sich große Teile seiner materiellen Wünsche sukzessive und durch Ansparen erfüllen zu können. Vor dem Hintergrund einer durchweg positiven Beurteilung der eigenen Lebenssituation bestand zwischen dem, was individuell im Leben erreicht wurde bzw. was absehbar noch zu erreichen ist, und den artikulierten Vorstellungen von einem „guten Leben“ eine hohe Übereinstimmung.

- Von der gegenwärtigen Lebenssituation abweichende Lebensprojekte oder Lebensräume spielten eine nur ganz schwache Rolle. Nur auf Nachfrage tauchte in etlichen Fällen der Wunsch auf, sich irgendwann noch einmal auf eine große (Welt-)Reise zu begeben, oder die Idee, eines Tages ein Ferienhaus im Ausland zu erwerben, meist in die fernere Zukunft des Ruhestands verlagert.

Bei den immateriellen Komponenten des „guten Lebens“ standen der Erhalt der Gesundheit sowie der Wunsch nach intakten Familienbeziehungen an vorderster Stelle, besonders bei älteren Beschäftigten. Danach folgte die Einbindung in gemeinschaftliche Beziehungen des Freundeskreises. Vor allem bei jüngeren Beschäftigten hatte die Erwerbsarbeit einen relevanten Stellenwert im „guten Leben“, und es wurden inhaltliche Ansprüche an die Arbeit formuliert. Dazu gehört, daß die Arbeit nicht nur monotone Tätigkeit zum Gelderwerb sein, sondern auch „Spaß“ machen, „interessant“ sein und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten bieten soll.

Die individuelle Lebensperspektive lag für viele der befragten Beschäftigten in der Absicherung des erreichten materiellen Status quo und im möglichst frühzeitigen Eintritt in den vorgezogenen Ruhestand. Dieser solle mehr sein als ein passives „Rentnerdasein“: Der Ruhestand galt ihnen als abgesicherter, aktiv gestaltbarer „dritter Lebensabschnitt“, nachdem die Verpflichtungen der Erwerbsarbeit erfüllt sind.

Im Hinblick auf die Zukunftsvorstellungen der Beschäftigten zeigte sich eine ausgeprägte Diskrepanz zwischen der Einschätzung der persönlichen Lebensperspektive und der gesellschaftlichen Zukunftsentwicklung. Während die individuelle Perspektive insgesamt positiv gesehen wurde, überwogen bezüglich der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung und der Entfaltungschancen künftiger Generationen skeptische Erwartungen. Überwiegend wurde von den Befragten ein pessimistisches Zukunftsszenario gezeichnet, das von Krisenphänomenen der Arbeitslosigkeit, von Einkommensverschlechterungen und Wohlstandsverlusten sowie einer generellen „sozialen Unsicherheit“ geprägt war.

Es herrschte eine verbreitete Sorge darüber, daß die eigenen Kinder schlechtere Arbeitsmarktchancen haben würden als man selbst. Man sah sich als die letzte Generation mit der Erfahrung von stetigen Aufstiegs-, Wachstums- und Wohlstandsgewinnen, die sich heute kaum weiter vermehren lassen. In einigen Fällen waren die eigenen Kinder ein Impuls dafür, sich gedanklich mit der Zukunft der Umwelt stärker auseinanderzusetzen: „Wir hinterlassen den Kindern den Müll und die Unsicherheit in der Arbeit.“ In der Sorge um die Zukunft des eigenen Nachwuchses verknüpfte

sich die Reflexion um die ökologischen Folgen des selbst erarbeiteten Wohlstands. Die Ökologieproblematik wurde gewissermaßen in den sozialen Kontext intergenerativer Gerechtigkeit „eingebettet“. Das Lebensziel früherer Arbeitergenerationen, nämlich daß die Kinder „es einmal besser haben sollten“, hat sich in den Wunsch verwandelt, daß die Kinder es zumindest nicht wesentlich schlechter haben sollten als man selbst. Wenn man bedenkt, daß die Fürsorge für die eigenen Kinder gerade bei der Erwerbsarbeitsorientierung ganz oben steht, bedeutet diese Einschränkung der Perspektive einen zunehmenden Mangel an sozialer Nachhaltigkeit unsrer Gesellschaftsentwicklung.

Insgesamt aber zeigen die Beschäftigteninterviews, daß in den Vorstellungen von einem „guten Leben“ ökologische Aspekte gegenüber dem Streben nach sozialer Sicherheit und nach Absicherung des Wohlstandsniveaus deutlich nachrangig sind. Überwiegend wurde erst auf direkte Nachfrage die Bedeutung von Umweltqualität als ein Faktor für die Lebensqualität und das individuelle Wohlbefinden hervorgehoben. Dies betrifft in erster Linie den Aspekt der Gesundheit, der eng mit den Umweltbedingungen in Verbindung gebracht wurde (Allergien oder Atemwegserkrankungen). Es wurde der Anspruch formuliert, ohne Bedenken alle Nahrungsmittel essen und trinken oder ein Sonnenbad nehmen zu können. Darüber hinaus wurde der ästhetische Wert hervorgehoben, den eine „intakte“ Natur für Freizeit und Erholung hat. In der Einschätzung der künftigen Entwicklung der Umweltproblematik kristallisierten sich zwei Pole heraus: Auf der einen Seite steht eine eher pessimistische Perspektive, die die zunehmende Bedeutung von Naturkatastrophen, die Irreversibilität von Umweltschäden und die persönlichen und gesellschaftlichen Umstellungsschwierigkeiten in den Mittelpunkt stellt. Dem stehen Einschätzungen gegenüber, die die Lösbarkeit der Umweltproblematik durch technischen Fortschritt hervorheben, auf neue politische Regulierungsformen (z. B. internationale Abkommen und die Bedeutung der Umweltbewegung) und das gestiegene Umweltbewußtsein, insbesondere bei der jüngeren Generation, setzen. In der Verknüpfung von Umweltschutz und der Schaffung neuer Arbeitsplätze wurde von einem Teil der Befragten ein Ansatz zur Bewältigung der ökologischen und sozialen Krise gesehen.

9. Umweltbewußtsein – Umweltwissen – Umwelthandeln

Es gibt mittlerweile eine Reihe von Untersuchungen, die von einer insgesamt hohen Sensibilität gegenüber Umweltproblemen in der Industriearbeiter ausgehen (vgl. Bognun et al. 1990, Heine/Mautz 1989, Lange et al. 1995, Birke/Schwarz 1994, Zimpelmann et al. 1992). Diese Ergebnisse werden durch weitere, repräsentative Umfragen gestützt, die ein hohes Umweltbewußtsein in der Gesamtbevölkerung konstatieren (Bundesministerium für Umwelt 1996). Wenn wir von diesen Ergebnissen ausgehen und die Diskrepanz zwischen Bewußtsein und Verhalten berücksichtigen, stellen sich uns drei Fragen: Welche Umweltprobleme stehen bei den Beschäftigten im Vordergrund, im Betrieb und im Privatleben? Inwieweit setzt sich das Wissen um die Umweltprobleme in persönliches Verhalten und Engagement um? Wird das sozial-ökologische Engagement von Beschäftigten durch die Arbeitszeitverkürzung/Arbeitszeitflexibilisierung und den Einkommensverlust tangiert?

Auf die Frage, was die Zerstörung der Umwelt persönlich bedeute, äußerten mehr als zwei Drittel der Befragten eine deutliche Sensibilisierung und Betroffenheit durch die Ökologieproblematik. Überwiegend wurde auf bestimmte, konkret wahrnehmbare Problembereiche verwiesen, etwa Luftverschmutzung oder Trinkwasserverseuchung. Daneben wurden globalere Bedrohungen durch Atomkraft (AKW-Betrieb und Atommüllentsorgung) sowie durch die Abholzung der Wälder als besonders gravierend empfunden und zum Teil in fatalistischer Weise zugespitzt. Von einem Primat der Ökonomie gegenüber der Ökologie kann auf der Einstellungsebene nicht gesprochen werden. Wirtschaftswachstum wurde nur von einer Minderheit als Voraussetzung für wirksamen Umweltschutz gesehen. Die Aussage, daß ökologisch begründete Maßnahmen die „kleinen Leute“, also die lohnabhängig Beschäftigten, Arbeitslosen, Rentner etc. nicht belasten darf, fand nur bei einem Drittel der Befragten Zustimmung. Es muß angenommen werden, daß das Bewußtsein der hohen eigenen Arbeitsplatzsicherheit bei Volkswagen und die dem Unternehmen zugeschriebenen hohen Umweltstandards dazu führen, daß die Beschäftigten den Konflikt „Umwelt contra Arbeitsplätze“ als eine eher spekulative Frage behandeln. Der konkrete Verlauf eines auf das Volkswagenwerk bezogenen Umweltkonflikts um Kraftwerksemissionen stellte allerdings diese Position im Ernstfall in Frage (vgl. 11.3).

Nur ein knappes Drittel der Befragten stellte einen direkten Zusammenhang zwischen der Umweltproblematik und dem *persönlichen gesundheitlichen Wohlbefinden* her. Als konkrete Einschränkungen wurden in erster Linie Lärmbelästigungen, zunehmende Allergien und eine gestiegene Anfälligkeit für Krankheiten genannt und die Unsicherheit, nicht mehr unbedenklich jedes frische Obst und Gemüse einkaufen zu können.

Im Kontrast zu der geäußerten weitgehenden Sensibilisierung gegenüber Umweltproblemen waren die Befragten nur selten in der Lage, eine differenziertere Schilde-

rung von für sie bedeutsamen ökologischen Problemzusammenhängen zu geben. Ebenso wenig wurden die Formen der eigenen Lebensführung und die Konsumgewohnheiten eigenständig auf die Umweltproblematik bezogen.

In den Resultaten zeigt sich eine zweifache Tendenz: Zum einen besteht eine offensichtliche Diskrepanz zwischen Umweltsensibilisierung und Umweltwissen. Das diffuse Gefühl von (indirekter) Betroffenheit und das „schlechte Gewissen“ gegenüber der Umweltfrage stehen gegenüber einer durch aktive Reflexion hergestellten kognitiven Durchdringung ökologischer Problemzusammenhänge klar im Vordergrund. Zum anderen wurde die Ökologieproblematik kaum in einen Kontext zur eigenen Lebensweise, zur industriellen Arbeit, zum Wohlstands- und Konsumniveau als Verursacherzusammenhang gestellt. Ökologisch bedingte Einschränkungen der Lebensqualität waren kaum präsent.

Ein weiterer interessanter, aber nur in Einzelfällen thematisierter Aspekt ist das *Nichtwissen über ökologische Gefährdungslagen* und ihre Folgen. Nicht die konkret sichtbaren oder erfahrbaren Beeinträchtigungen durch Umweltschäden oder medial vermittelte globale ökologische Bedrohungslagen wurden in solchen Äußerungen in den Mittelpunkt der Besorgnis gestellt, sondern die Unsicherheit darüber, was man eigentlich – noch nicht – weiß, oder daß sowohl die individuelle Gefährdung als auch die ökologische Krise insgesamt am Ende noch viel dramatischer ausfallen könnten als angenommen. Es zeigte sich ein mit dem Gefühl von diffuser Betroffenheit durch die Umweltkrise einhergehendes Nicht-wissen-Können und Nicht-wissen-Wollen über die realen Gefährdungslagen. Diese Diskrepanz korrespondiert mit dem Spannungsverhältnis zwischen der erheblichen Umweltsensibilisierung und der nur marginalen Rolle von bewußt ökologischem Verhalten. Die Relativierung der Reichweite und der Bestandssicherheit von heute als gesichert geltendem Wissen kann eine skeptische und kritisch-distanzierte Reflexion von Gesellschaft und eigener Lebensführung ebenso befördern wie eine Verdrängung und Relativierung ökologisch begründeter Handlungsanforderungen.

Automobilismus in der Autostadt

Es verwundert kaum, daß das Automobil in einer Stadt wie Wolfsburg und im Alltag der Wolfsburger Bevölkerung einen besonders herausgehobenen Stellenwert besitzt. Wohl in kaum einer anderen Stadt ist das Straßenbild durch einen dermaßen hohen Anteil an Neuwagen geprägt. Sowohl die individuelle Lebensführung als auch die kollektive Identität in der Stadt sind durch das Auto, d. h. das Volkswagen-Werk, geprägt. Diese Prägung wird durch vier wichtige Aspekte bestimmt.

1. Das Auto, die Massenmotorisierung und die automobilen Gesellschaft sind die „conditio sine qua non“ für die Existenz des Werkes, der Stadt und für die Wohlfahrt der Beschäftigten. Das Auto als Basistechnologie in Massenproduktion sichert die Arbeitsplätze und Einkommen der Beschäftigten und ist damit der materielle Wohlstandsgarant.

2. Dazu tritt der Produzentenstolz der Beschäftigten als Automobilbauer. Früher war es der Käfer, der zum westdeutschen Aufschwungssymbol schlechthin wurde, heute sind es die Konzern-Marken als High-Tech-Produkte eines Global Players.
3. Das Auto ist ein hoch relevanter Faktor im Regelsystem sozialer Verortung und Statuszuweisung der Beschäftigten. Ein für Wolfsburger Verhältnisse vergleichsweise altes Auto zu fahren oder gar keines zu besitzen, ist eine legitimationsbedürftige Abweichung. Gerade für Jugendliche ist der Automobilbesitz ein zentraler und selbstverständlich gegebener Standard geworden, der Führerscheinwerb wichtigster Initiationsritus in das Erwachsenenleben.
4. Das Auto ist Mittel für Mobilität und Unabhängigkeit, Basistechnologie für einen modernen Lebensstil. Das Auto bietet die permanent verfügbare, individuell-motorisierte Fortbewegungsmöglichkeit, die der mobilen, großräumig gewordenen modernen Gesellschaft entspricht; es besteht ein normativer, aber auch pragmatisch-struktureller Zwang zur Autobenutzung. Die individuelle Freiheit liegt darin, zu jeder beliebigen Zeit an jeden beliebigen Ort gelangen zu können.

Die auf das Automobil abgestellte Mobilität wird durch die autogerechte Stadtentwicklung in Wolfsburg gestützt. Die städtebaulich funktionale Differenzierung in Wohnen, Freizeit, Einkauf und Arbeit vergrößert die zu überbrückenden Räume. Die breiten, autofreundlichen Durchgangsstraßen waren einst der Stolz der Stadt. Von vielen Bereichen der Stadt aus ist das Werk günstiger mit dem Kraftfahrzeug zu erreichen als mit dem Fahrrad oder dem Bus. Der städtische ÖPNV ist kaum mehr in der Lage, sich auf die desynchronisierten Arbeitszeiten des Werks und die individualisierten Mobilitätsbedarfe einzustellen. (Zu den Zeiten in der Stadt vgl. Eberling/Henckel 1998.)

10. Alltägliche Lebensführung

10.1 Chancen für nachhaltigen Konsum?

Den wichtigsten Komplex unserer Untersuchung zur Ökologie und Lebensführung bildete das umweltrelevante Alltagsverhalten im Haushalt, in der Freizeit und im Betrieb. Ein die Umwelt und natürliche Ressourcen schonendes Alltagsverhalten wird einerseits durch die bewußte Gestaltung bzw. Umstellungen etwa der Einkaufs- und Konsumgewohnheiten oder des Freizeitverhaltens bestimmt. Ganz dominierend allerdings wird das konkrete Verhalten von den eingeschriebenen alltäglichen Abwägungen, Mustern und Routinen der Lebensführung ohne direkten ökologischen Bezug geleitet. Die Umweltforschung geht inzwischen davon aus, daß in privaten Haushalten die Bedarfsfelder mit der größten Umweltrelevanz Ernährung, Wohnen und Freizeit sind; unabhängig davon, ob die Verhaltensfolgen bewußt oder sogar intendiert sind. Unsere Fragen zu diesen Bereichen haben wir um die Kriterien für einen ressourcenleichten Konsum erweitert (vgl. BUND/Misereor 1996, S. 217ff.):

- *Sparsamkeit* als ein überlegter, reflektierter Konsum und als schonender Umgang mit Energie und natürlichen Ressourcen;
- *Langlebigkeit* als eine Prioritätensetzung auf qualitativ hochwertige, reparatur- und wartungsfreundliche Gebrauchsgüter mit einer langen Produktlebensdauer;
- *Regionalorientierung* sowohl in der Freizeit (Erholung, Urlaub) als auch beim Einkauf (Wochenmärkte, Direktvermarktung, bewußter Kauf von in der Region produzierten Waren), um die ökologischen Transportkosten in Grenzen zu halten und die regionale Ökonomie zu fördern;
- *gemeinsame Nutzung* als Versuch, durch veränderte Nutzungsformen die Gebrauchsintensität von Gütern zu erhöhen (z. B. Auto, Werkzeuge, große Haushaltsgeräte) und den Zwang zum ressourcenintensiven individuellen Gütereigentum zu reduzieren.

Der wichtigste Befund ist die herausgehobene Rolle der Sparsamkeit in der Lebensführung, allerdings auf einem hohen Konsumniveau. Nicht nur größere Anschaffungen, auch der alltägliche Einkauf wurde häufig sorgfältig geplant. Spontaneinkäufe spielten nur für eine Minderheit der Befragten eine Rolle, preiswerte Produkte und Sonderangebote wurden gezielt ausgewählt. Der Einkauf findet in den bekannten Ladenketten statt, ökologisch spezialisierte Geschäfte spielen kaum eine Rolle.

Einen ebenfalls hohen Stellenwert besitzen Aspekte der Qualität und Langlebigkeit von Gütern, der umweltfreundlichen Herstellung und günstiger Verbrauchswerte. Daß zugleich auch erheblicher Wert auf einen günstigen Preis der Produkte gelegt wurde, war nicht zwingend ein Widerspruch: Entweder wurden hochwertige Produkte zu einem Zeitpunkt gekauft, an dem sie günstig z. B. als Sonderangebot zu bekommen waren, oder es wurden solche preiswerten Produkte ausgewählt, die auch den Ansprüchen an Produktqualität genügten (z. B. aufgrund einer Energieberatung).

Die Orientierung auf Sparsamkeit und Qualität haben wir quer durch alle befragten Beschäftigtengruppen gefunden, sowohl bei Jüngeren wie bei Älteren als auch bei Arbeitern und Angestellten. Sie galt nicht nur für die einkommensschwächeren Haushalte, die von der tarifbedingten Einkommensminderung besonders betroffen waren.

Die Prioritätensetzung für regionale und saisonale Produkte spielte nur eine geringe Rolle. Zwar werden gelegentlich frische Lebensmittel auf dem Wochenmarkt eingekauft, aber im Vergleich zur Sparsamkeit und Qualitätsorientierung scheint die Regionalorientierung kein handlungsleitendes Prinzip zu sein. Auch bestand eine bemerkenswerte Mobilität in dem Sinne, zum „Shopping“ in die nächstgelegenen Großstädte Braunschweig und Hannover zu fahren.

Die gemeinsame Anschaffung und kollektive Nutzung von Gebrauchsgütern war selten vorzufinden und eher negativ besetzt. Sie beschränkte sich auf größere Werkzeuge und Gartengeräte (etwa Betonmischer oder Vertikutierer), die im Kreise der Familie oder von Nachbarn gegenseitig ausgeliehen werden. Im wesentlichen läuft diese Nutzung über Nachbarschaft, nur im Einzelfall wurde regelmäßig ein professioneller Werkzeugverleih in Anspruch genommen. Grundsätzlich ist der Gedanke einer kollektiven Nutzung von Gütern nicht verbreitet, zur Begründung wird eine Reihe von Nachteilen angeführt: hygienische Bedenken, Einschränkungen von Verfügbarkeit und Bequemlichkeit, Haftung im Schadensfall. Die allgemeine Skepsis resultierte auch daraus, daß die nachbarschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen nicht durch diesbezügliche Konflikte belastet werden sollten.

10.2 Haus und Garten als ein ökologisches Gestaltungsfeld?

Neben den alltäglichen Einkaufs- und Konsumgewohnheiten dürften insbesondere Haus und Garten wichtige Bereiche der Lebensführung sein, die auch unter ökologischer Perspektive gesehen werden: Der Garten etwa als Möglichkeit zur Naturnähe, zu gesunder Betätigung und ökologisch angebaute Selbstversorgung; das Haus, wenn es selbst repariert und instandgehalten oder in Eigenarbeit auf energie- und ressourcensparende Techniken umgestellt wird.

Ein Trend zur Gartennutzung für einen erweiterten Obst- und Gemüseanbau läßt sich nicht ausmachen. Überwiegend wurde der Garten als Ziergarten oder zum Spielen für die Kinder bzw. als Aufenthaltsort für die Familie genutzt. Der Garten diente überwiegend der Entspannung und brachte einen Hauch von „Natur“ in das unmittelbare Lebensumfeld der eigenen Wohnung. Die eigene Ernte diente als willkommene und gesunde Bereicherung des Speiseplans, nahm allerdings in keinem Fall das Motiv der Eigenversorgung an. Hier wurde von allen Beteiligten die Einschätzung geteilt, daß es einfacher und günstiger sei, das Obst und Gemüse im Supermarkt oder auf dem Wochenmarkt einzukaufen. Diese Einstellung hatte sich auch durch die Arbeitszeitverkürzung und die partiellen Einkommensverluste der VW-Beschäftigten nicht verändert. Die Nachfrage nach Kleingärten geht eher zurück und konzentriert sich auf Ruheständler.

Am Haus wurden umweltrelevante Investitionen insbesondere dann getätigt, wenn sie den Wasser-, Strom- oder Brennstoffverbrauch absenken und damit langfristig Kosten sparen. Im Zentrum standen Dämmmaßnahmen, der nachträglicher Einbau von WC-Wasserspartasten und Investitionen in eine optimierte Heizungsanlage. Wegen der hohen Investitionskosten wird abgewartet, bis ohnehin eine Erneuerung ansteht. Interessanterweise war die Aufgeschlossenheit gegenüber der Nutzung von Sonnenkollektoren für die Warmwasserbereitung ausgesprochen groß. In mehreren Fällen war eine solche Investition durchkalkuliert worden, in einem Fall beim Hausneubau installiert. Im Ergebnis aber wurde der nachträgliche Einbau von Sonnenkollektoren als entweder zu teuer oder als zu großer Umbauaufwand an einem älteren Haus eingeschätzt. Die Geräte sind nicht einfach im Baumarkt zu erwerben und noch relativ teuer, die Installation am Haus ist vergleichsweise aufwendig.

Die Umsetzung von gesundheitlich und ökologisch motivierten Rearrangements der Lebensführung wird in der Regel von den *Frauen* in den Haushalten getragen und vorangetrieben. Der Anteil der im weitesten Sinne als ökologisch reflektiert zu bezeichnenden Frauen lag bei unserer Befragung mit knapp 60 Prozent doppelt so hoch wie der der Männer. Die Tatsache, daß die Frauen die Praktikerinnen von Ökologie im Alltag sind, fußt sicherlich im wesentlichen auf der ungebrochenen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. (Zur innerfamiliären Arbeitsteilung vgl. Jürgens/Reinecke 1999.) Bis auf eine Ausnahme oblag den befragten Frauen neben der Berufsarbeit auch das Gros der Haus- und Familienarbeit. Diese Zuweisung von Anforderungen findet ihre Entsprechung in den subjektiven Orientierungen: So besteht z. B. aus Sicht von Expertinnen des Weiterbildungssektors bei den Frauen ein im Vergleich zu Männern sehr viel stärkeres Interesse an Bildung zu Themenfeldern wie „gesunde Lebensweise“ oder „ökologische Haushaltsführung“. Das Thema Gesundheit und Ökologie wird also im wesentlichen von den Frauen in die Familien hineintransportiert, während die Männer gegebenenfalls aufgeschlossen sind für Fragen (umwelt-)technischer Innovationen am Haus, einer „ökologischen“ Anlage des Gartens oder im Einzelfall für ein Engagement im Naturschutz.

10.3 Anstöße für ökologische Umstellungen der Lebensführung

Die alltägliche Reflexion ökologischer Anforderungen war trotz der weitgehenden Sensibilisierung für die Umweltproblematik kein durchgängig relevanter Bezugspunkt, an dem die Lebensführung ausgerichtet wird. Nur für eine Minderheit von etwa einem Drittel der befragten Beschäftigten spielte die ökologische Frage eine nennenswerte praktische Rolle, als bewußte Berücksichtigung von Umweltaspekten im Alltag oder als Engagement im Umwelt- und Naturschutz. Die ökologischer Perspektive wurde nur selten auf die Gesamtheit des Alltagshandelns bezogen, sie konzentrierte sich auf Teilelemente der Lebensführung und einzelne Handlungsbereiche.

Umstellungen alltagspraktischer Routinen erfolgten selten durch allgemeine – etwa durch mediale Vermittlung von Umweltproblemen angestoßene – Überlegungen darüber, welche Konsequenzen aus der Umweltkrise für die eigene Lebensführung zu ziehen seien. Sie erfolgten auch nicht in der Umsetzung extern vorgegebener Verän-

derungen der Arbeitszeitmuster. Vielmehr wurden ökologisch relevante Rearrangements der Lebensführung überwiegend durch individuelle Erfahrungen oder „Betroffenheiten“ in Gang gesetzt. Die beiden wichtigsten Motive sind dabei die Sorge um die eigene Gesundheit und um das Wohl der Kinder.

Gesundheitliche Einschränkungen, eigene Krankheitserfahrungen oder solche von Familienmitgliedern oder im Freundeskreis sind wesentliche Impulsgeber, die eigene alltägliche Lebensführung zu reflektieren oder umzustellen. Sie führen z. B. zur Aufnahme von sportlichen Betätigungen, angefangen mit einer stärkeren Nutzung des Fahrrades statt des Autos, zur Veränderung direkt gesundheitsschädlicher Lebensgewohnheiten, etwa auf Tabak oder Alkohol zu verzichten, oder zu einer Umstellung der Ernährung auf gesunde und natürlich angebaute Kost. Insbesondere die Ernährung wurde als ein Bereich gesehen, in dem eine Veränderung des individuellen Verhaltens zugleich die Gesundheit fördern und die Umwelt schützen kann, etwa durch die Unterstützung des biologischen Landbaus. Als Motivation stand zweifelsfrei die „Sorge um sich selbst“ an erster Stelle, der Aspekt des Umweltschutzes war eher als zusätzlicher Effekt willkommen.

Die Antworten zu Fragen nach Gesundheitsrisiken bei der Arbeit lassen insgesamt auf ein hohes Selbstbewußtsein der Beschäftigten im Umgang mit Gesundheitsbelastungen am Arbeitsplatz schließen. Kaum jemand würde eine gesundheitsbelastende Arbeitssituation einfach hinnehmen. Für den größten Teil der Befragten war der Weg einer individuellen Beschwerde beim Vorgesetzten eine Selbstverständlichkeit, dem Unternehmen wird also eine klare Verantwortlichkeit für den Arbeits- und Gesundheitsschutz zugeschrieben. Demgegenüber fiel die Inanspruchnahme der betrieblichen Interessenvertretung zurück: Der Betriebsrat galt eher als zweite Anlaufstation für den Fall, daß die individuelle Beschwerde keine Wirkung zeigt.

In ähnlicher Weise ist die *Fürsorge für die Kinder* im betreuungsintensiven Alter für einige Paare Anlaß gewesen, über ihre Lebensführung und Alltagspraktiken neu nachzudenken. Auch dies betraf in erster Linie den Ernährungsbereich, insbesondere der Frage nach der chemischen Belastung von Nahrungsmitteln wurde größere Aufmerksamkeit gewidmet. Die entsprechende Umstellung der Lebensgewohnheiten mußte zum Teil aktiv gegen die Verhaltensmuster des sozialen Umfeldes verteidigt werden. Ein zweiter Aspekt der Lebensführung, der durch die Existenz kleiner Kinder geprägt wird, ist das Reiseverhalten. Generell ist die Mobilität für Familien mit kleinen Kindern eingeschränkt; dadurch erst entdeckten einige der Befragten die nähere Region als ein Raum für Freizeit- und Urlaubsgestaltung. Dies wurde allerdings vielfach nur als vorübergehende Einschränkung gesehen, an deren Ende wieder die Möglichkeit zu Fernreisen steht. Obwohl zumeist der Urlaub innerhalb Deutschlands als „ganz schön“ (und meist zu teuer) befunden wurde, konnten wir kaum eine nachhaltige Verfestigung einer regionalen Orientierung in bezug auf Freizeit und Urlaub feststellen.

Ein besonders starker Impuls geht von Kindern mit gesundheitlichen Einschränkungen aus. In mehreren Beispielen standen allergische Krankheiten der Kinder im Vordergrund, die Umstellungen sowohl der Ernährung als auch der Innenausstattung der Wohnung bzw. des Hauses erforderten und nicht zuletzt auch die Freizeitgestaltung

und die Wahl des Urlaubsortes beeinflussen. Gerade die sich häufenden Allergien der Kinder wurden explizit mit der Umweltproblematik, insbesondere mit Luftverschmutzung und Belastungen der Nahrung und des Trinkwassers, in Verbindung gebracht. Man sah sich und die eigene Familie als ein Opfer der Umweltkrise.

Insgesamt gilt die Gesundheit sowohl in der Arbeit als auch im privaten Leben als ein wertvolles, aktiv zu schützendes und zu pflegendes Gut. Sie stellt, anders als ein altruistisches, soziales oder ökologisches Engagement, eine unmittelbare Verbindung zwischen der eigenen Person und den betrieblichen Risikosituationen her. Deshalb bleibt eine individuell wahrgenommene Gesundheitsgefährdung ein vergleichsweise starker Mobilisierungsfaktor, für die Beseitigung der Gefährdungssituation im Betrieb und auch im privaten Leben selbst aktiv zu werden.

10.4 Umweltverhalten im Arbeitsprozeß

Die Ökologie hatte als ein vom jedem Beschäftigten im Arbeitsprozeß aktiv zu gestaltender Handlungsbereich eine insgesamt nur untergeordnete Bedeutung. Produktionsbezogene Umweltschutzmaßnahmen und die Organisation des Umweltmanagements liegen im Unternehmen bereits auf einem entwickelten Niveau (vgl. z. B. die VW-Umweltberichte). Der Umgang mit Ressourcen und Material und erst recht mit gefährlichen Stoffen ist für die einzelnen Arbeitsvollzüge auf einem entsprechend hohen Standard organisiert und geregelt. Es besteht daher im Arbeitsvollzug in der Regel wenig Anlaß, permanent und aktiv die Umweltfolgen des eigenen Handelns zu reflektieren. Eine Reihe der Befragten konnte keinen einzigen umweltschutzbezogenen Aspekt benennen, der im Arbeitsalltag berücksichtigt werden müßte.

Ein für viele Beschäftigte herausgehobener Handlungsbereich war die Trennung und Entsorgung von Abfall, also die getrennte Sammlung von Papier, Büromaterial, Tonerpatronen und Batterien im Büro oder auch von Kunststoffabfällen in der Produktion. Dieser Schwerpunkt korreliert mit dem privaten Verhalten – Mülltrennung ist einer der Bereiche von Umwelthandeln, der mit breiter Akzeptanz zu einem stabilen Element der Lebensführung von weiten Teilen der Bevölkerung geworden ist. Die genannten Beispiele von Umwelthandeln der Beschäftigten im Arbeitsprozeß blieben weitgehend auf diesen Bereich beschränkt. Von einigen wurde auch die gelingende Bewältigung der *Arbeitsaufgabe* als ein expliziter Beitrag zum Umweltschutz verstanden, etwa die Bemühungen eines Konstrukteurs, in seiner Arbeit nur recyclingfähige Materialien einzusetzen.

Insgesamt ist festzuhalten, daß die Orientierung der Beschäftigten auf umweltaktives Verhalten im Betrieb sehr gering ausgeprägt ist und stark von persönlichen bzw. arbeitsplatzspezifischen Bedingungen abhängt. Dies gilt sowohl für die Gestaltung der Arbeitsumgebung als auch für die Beteiligung am betrieblichen Umweltmanagement. Der Inhalt der Betriebsvereinbarung zum Umweltschutz von 1995, die den Umweltschutz als Unternehmensziel und Weiterqualifikationsansprüche für die Beschäftigten festschreibt, war lediglich drei der Befragten in einigen Aspekten bekannt, nur eine kleine Minderheit hatte überhaupt davon gehört.

Insgesamt kann nur bei sehr wenigen der befragten Beschäftigten von einer alle Lebensbereiche durchziehenden ökologischen Grundorientierung gesprochen werden. Auch bei ihnen variierten die Impulsgeber und Schwerpunkte des individuellen Engagements:

- Die Aufnahme einer Nebenbeschäftigung mit ökologischem und als gesellschaftlich sinnvoll interpretiertem Bezug oder einer Eigenarbeit, z. B. dem umweltgerechten Ausbau des eigenen Hauses. In beiden Fällen stellte der freie Tag eine fast unabdingbare Ressource dar; darüber hinaus wird auf vorhandene berufliche Qualifikationen zurückgegriffen.
- Überdurchschnittliches berufliches Engagement im Umweltschutz. Ressourcen dafür sind ein großer Zeiteinsatz an zum Teil informeller Mehrarbeit, eine hohe berufliche Qualifikation und subjektiv hohe und sinnhafte Ansprüche an die Arbeit, die in ein „akademisch-alternatives“ Lebenskonzept eingebettet sind.
- Als ehrenamtlich-politisches Engagement, für das die Spielräume durch die gewonnene freie Zeit erweitert werden. Wichtige Grundlage dafür ist häufig eine gewerkschaftlich beeinflusste Haltung des „Sich-Einsetzens“. Daneben treten die gewachsenen sozialen Bindungen im Dorf und die Kontakte im Betrieb, über die die potentiellen Mit-Akteure oder Zielgruppen des Engagements erst erreicht werden.

Die Annahme, daß durch die mit der Arbeitszeitverkürzung gewonnenen Zeitpotentiale quasi „von selbst“ ein Reflexionsprozeß in Gang gesetzt würde, an dessen Ende eine Umstellung der Lebensführung nach sozial-ökologischen Gesichtspunkten erfolgen könnte, wird auch durch die wenigen „Gestaltungspioniere“ nicht belegt. Ausschlaggebend sind vielmehr die biographisch gewachsenen, kulturellen und politischen Grundorientierungen und Wertvorstellungen sowie die Einbindung in sozio-kulturelle Milieus, die eine Reflexion von ökologischen Anforderungen für die individuelle Lebensführung behindern. Die Verstärkung von bereits praktizierten lebensweltlichen Aktivitätsmustern durch die Arbeitszeitverkürzung läßt sich dabei deutlich belegen.

11. Ökologisches Engagement in der Öffentlichkeit und im Betrieb

Ein öffentliches Engagement kann eine eher praktische Stoßrichtung z. B. im Naturschutz, in Umweltprojekten und in direkter sozialer Arbeit haben, oder es wird mit einer explizit politischen Perspektive in Initiativen, Verbände oder Parteien eingebracht. Wir fragten danach, ob der Bereich von außerfamiliärem sozialem und ökologischem Engagement angesichts des zunehmenden Gewichts ökologischer Argumente im öffentlichen Diskurs und durch einen Zugewinn an persönlicher freier Zeit gestärkt wird.

11.1 Ökologisches Engagement im kommunalen Umfeld

In Wolfsburg existiert durchaus ein Spektrum an ökologischer Infrastruktur. Dazu gehören ökologische Produkt- und Dienstleistungsangebote, „Bio-“ bzw. Naturkostläden, Beratungseinrichtungen, etwa das von Umweltorganisationen initiierte und getragene Naturschutzzentrum oder die Energie- und Verbraucherberatung, und die im Ökologiebereich tätigen Verbände und Initiativen. Am bekanntesten sind der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND), der Naturschutzbund (NABU), Greenpeace, der Verkehrsclub Deutschland (VCD), der Allgemeine Deutsche Fahrrad Club (ADFC), der Harzclub, eine neue Anlaufstelle der Lokalen Agenda 21 und eine Reihe von regionalen und lokalen Naturschutzinitiativen.

Dieses infrastrukturelle Angebot wurde von der Bevölkerung nur schwach genutzt. Während das Dienstleistungsangebot der Beratungseinrichtungen durchaus in Anspruch genommen wurde, litten die Umweltorganisationen, wie die anderen Vereine und Verbände auch, unter einer zu schmalen und zum Teil weiterhin schrumpfenden Personaldecke von aktiven, die Arbeit tragenden Mitgliedern. In den Organisationen wurden erhebliche Hoffnungen auf die Arbeitszeitverkürzung und insbesondere auf die große Zahl der Vorrüheständler gerichtet, bei denen man eine neue, relativ leicht „abzuschöpfende“ Ressource an Aktivität erwartet hatte. Diese Erwartungen sind in allen von uns befragten Bereichen enttäuscht worden (vgl. den Runden Tisch „Kreative Freizeit“ in Wolfsburg, in: Hielscher/Hildebrandt 1999, S. 250). Das freiwillige Engagement, sei es im Freizeitsektor, im sozialen Bereich oder auch im Umweltschutz, hat sich nach Einführung der Arbeitszeitverkürzung nicht erhöht, sondern geht aus Sicht der ExpertInnen über einen längeren Betrachtungszeitraum sogar zurück.

Der Blick auf die ökologisch engagierten Gruppen in Wolfsburg zeigte, daß nur ganz wenige VW-Beschäftigte in den politischen Umweltorganisationen wie BUND oder in der Partei Bündnis '90/Die Grünen aktiv sind. Während ihr Anteil an der Mitgliedschaft schon marginal ist, tauchen sie als aktiv engagierte Mitglieder de facto

nicht auf. Bei den gewerblichen ArbeitnehmerInnen besteht eine große Distanz zu diesen Organisationen; in den Ausnahmefällen handelte es sich um höherqualifizierte Angestellte. Aus ExpertInnensicht spielen dafür zwei Aspekte eine Rolle: Zum einen eine allgemeine Zurückhaltung, sich für explizit (umwelt-)politische Ziele zu engagieren. Zusätzlich wirkten sich die soziokulturelle Barrieren aus, die zwischen den VW-Beschäftigten und den Funktionsträgern dieser Organisationen aus der akademisch gebildeten Mittelschicht in von VW unabhängigen beruflichen Positionen besteht. Daraus erwachsen Differenzen hinsichtlich Bildungsniveau, „gemeinsamer“ Sprache, Habitus und Lebensstil, aber auch hinsichtlich der Interessen, die in vielerlei Hinsicht durch die Zugehörigkeit zum VW-Werk definiert werden.

Ein anderes Bild bot sich in den Naturschutzverbänden und den lokalen Initiativen zum Natur- und Artenschutz: Hier stellten auch gewerbliche ArbeitnehmerInnen eine wichtige Gruppe der Mitgliedschaft. Naturschutzaktionen, die auf konkrete Ziele hinarbeiten und sich auf klar definierte Handlungsbereiche konzentrieren, sprechen die VW-Beschäftigten an. Allerdings bleibt ein solches Engagement punktuell (z. B. Tierbeobachtungen einer bestimmten Spezies), das Interesse an dauerhafter Mitarbeit oder auch an den politischen Aspekten des Naturschutzes wurde als äußerst gering eingeschätzt.

Relativ erfolgreich sind auch naturschutzorientierte Seminare der gewerkschaftlichen Bildungsträger, die „Ökologie vor Ort“ vermitteln. Die Behandlung ökologischer Problemlagen wird mit kleinen Naturschutzprojekten und Exkursionen in das Umland verknüpft. Für die TeilnehmerInnen stehen die Verbundenheit zur Natur und der Reiz des ländlichen Lebens im Gegensatz zu Fabrik und Stadtleben im Mittelpunkt. Hinzu tritt das Interesse an handwerklicher Arbeit mit sichtbarem Erfolg, an Impulsen für die Gestaltung des eigenen Gartens, aber auch das Motiv, die Natur für die Nachwelt zu erhalten. Der sinnlich-erfahrungsgeleitete Naturbezug und der auf das konkret Praktische orientierte Aktivitätsbezug sind die beiden herausragenden Merkmale des Engagements der Beschäftigten im Naturschutz.

Ein weiterer, die Trennung von Politik und Umwelt erklärender Gesichtspunkt besteht darin, daß ein aktives Engagement im Naturschutz möglich ist, z. B. die Hege und Pflege eines Feuchtbiotops, ohne brisante politische Fragen nach der industriellen Verursachung von Umweltproblemen und nach der Rolle der eigenen Arbeit bei VW sowie der Rolle des Automobils aufzuwerfen. Auf der subjektiven Ebene können Fragen an die Relevanz von Ökologie für den eigenen Lebenszusammenhang ausgeblendet werden, wenn das Umweltengagement auf ein ganz konkretes, bearbeitbares und separiertes Naturschutzproblem konzentriert wird.

11.2 Stellvertretung und Delegation – Mangel an Beteiligungsangeboten und Partizipationsanforderungen

Im Hinblick auf das insgesamt nur schwache, wenig sichtbare öffentliche Engagement verwiesen eine Reihe von Expertinnen und Experten in der Stadt auf die starken Mechanismen der Stellvertretung und Delegation. Die Delegation der Durchsetzung ei-

gener Interessen an gewählte oder bestellte Experten bzw. Stellvertreter ist konstitutiv für Gewerkschaftsorganisationen, deren Funktionäre von den Mitgliedern zur Wahrnehmung ihrer Interessen in der Aushandlung kollektiv gültiger Vereinbarungen mit den Unternehmen beauftragt werden. Sie ersetzt, soweit sie funktioniert, eigeninitiatives Engagement. Dieses Prinzip ist in Wolfsburg nicht nur im Betrieb, sondern auch im kommunalen Leben dominierend.

Die industriellen Beziehungen im Volkswagen-Werk sind durch eine starke und einflußreiche betriebliche Interessenvertretung geprägt. Gestützt auf das Haustarifvertragssystem und eine politische Kultur des kooperativen Interessenausgleichs, in der die Konfliktschwelle sehr hoch liegt, konnte die gewerkschaftliche Interessenvertretung Spitzenlöhne, geschützte Arbeitsbedingungen und vorbildliche Sozialleistungen durchsetzen. Nicht zuletzt der Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung basiert auf den sozialpartnerschaftlichen Arbeitsbeziehungen und einer außergewöhnlich professionalisierten Belegschaftsvertretung, in der freigestellte Expertinnen und Experten in den unterschiedlichen betrieblichen Politikbereichen die Interessen der Beschäftigten wahrnehmen.

Damit eng zusammenhängend befördert das paternalistisch geprägte Verhältnis des Unternehmens zu seinen Beschäftigten das Stellvertreterprinzip im Sinne einer „entmündigenden Fürsorge“: Das Bewußtsein, als Angehöriger der „VW-Familie“ zwar hart arbeiten zu müssen, aber auf einem sicheren Arbeitsplatz gut versorgt zu sein, war auch zum Befragungszeitpunkt verbreitet und ist durch den Beschäftigungstarifvertrag bestätigt worden.

Der Delegationsmechanismus prägt nicht nur die Arbeitsbeziehungen, sondern reicht auch in das kommunale Leben hinein, das von den Aktivitäten des Konzerns durchwirkt ist. Eigenaktives Engagement, das über den eng begrenzten privaten Bereich hinausgeht, bleibt eher der Einzelfall – typisch dagegen sind der weitgehende Rückzug ins Privatleben und die Delegation auch von Interessen im Lebensumfeld an Stellvertreter. VertreterInnen der Stadtverwaltung verwiesen auf einen erheblichen Druck, der von einer „Anspruchshaltung“ der Wolfsburger Bürgerinnen und Bürger gegenüber den kommunalen Institutionen und Dienstleistungen ausgehen würde; typisch das Beispiel eines Funktionärs in einem Naturschutzverein, der von Mitgliedern des Vereins auf lokale Umweltprobleme angesprochen wird, um die er „sich mal kümmern soll“.

Das Spektrum an *offenen Beteiligungsmöglichkeiten für ein ökologisches Engagement der Beschäftigten im Werk* erwies sich als sehr begrenzt. Die unternehmensseitige Umweltschutzorganisation konzentriert sich auf technische Maßnahmen, die sich auf die Produktentwicklung und den Produktionsprozeß richten. Dabei geht die betriebliche Umweltpolitik bei Volkswagen über die gesetzlich einzuhaltenden Mindeststandards erheblich hinaus, insbesondere soweit das Marktkalkül zur Einführung eines ökologisch optimierten Automobils naheliegt (Drei-Liter-Auto). Zu wichtigen personenbezogenen Maßnahmen gehören die Betriebsvereinbarung Umweltschutz, die im Jahre 1995 abgegebene Selbstverpflichtung, an der Lösung der regionalen und globalen Umweltprobleme mitzuwirken, und das offensive Bekenntnis zum Ziel einer nachhaltigen Entwicklung im Umweltbericht 1998. Die prozeß- und produktbezogenen

Aspekte der Umweltpolitik des Unternehmens werden seit Mitte der neunziger Jahre, etwa durch die periodische Veröffentlichung eines Umweltberichts, zunehmend in der betrieblichen Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigt.

Im Betriebsrat wird das Umweltthema in einem Unterausschuß des Arbeitssicherheitsausschusses von drei Betriebsratsmitgliedern und einem Fachreferenten bearbeitet. Die Betriebsratsarbeit im Umweltschutz besteht im wesentlichen aus einer professionellen Beteiligung an umweltrelevanten Mitwirkungs- und Abstimmungsverfahren des Unternehmens, z. B. bei der Ersatzstoffprüfung, die die Vermeidung von Gefahrstoffen zum Ziel hat. Der Aufbau von beteiligungsorientierten Strukturen, die auf die Partizipation der Belegschaft abzielen, spielte für die umweltpolitische Strategie des Betriebsrates eine nur untergeordnete Rolle. Ökologisch interessierten Beschäftigten offenstehende Zirkel oder Arbeitskreise, in denen Fragen des produktionsbezogenen Umweltschutzes diskutiert oder bearbeitet werden könnten, existieren nicht. Das Gleiche gilt für den weiter gespannten Rahmen der Zukunft des Autos und umweltverträglicher Mobilität. Eine diesbezügliche Problematisierung des Autos ist im betrieblichen Zusammenhang nicht üblich. Der Abschluß der Betriebsvereinbarung zum Umweltschutz wurde von Unternehmen und Betriebsrat als ein Meilenstein gesehen, war aber in der Realität in seinen auf die Information, Qualifikation und Motivation der Beschäftigten bezogenen, partizipativen Elementen noch nicht ausgefüllt.

In den Rahmenregelungen zum Verbesserungsvorschlagswesen ist der Umweltschutz eines der ausgewiesenen Zielfelder. In der Praxis blieb dessen Anteil am „Ideenspektrum“ der eingereichten Vorschläge auf einem zwar sichtbaren, aber dennoch niedrigen Niveau: Nach Einschätzung betrieblicher Experten beziehen sich 10-15 Prozent der jährlich eingereichten Vorschläge auf das Ziel des Umweltschutzes.

Mit den mangelnden Beteiligungsmöglichkeiten im Betrieb korrespondiert auf Beschäftigtenseite die Zuweisung der Verantwortung für den Umweltschutz an das Unternehmen bzw. an den Staat. Auf die Frage nach der betrieblichen Umweltpolitik verwiesen viele auf den „insgesamt hohen technischen Standard, mit dem VW auf dem richtigen Weg ist“ und auf die Fülle der Richtlinien und Vorschriften zur Arbeitssicherheit und zum Umweltschutz. Ein Teil der Antworten wurde dahingehend konkretisiert, daß die Reduzierung von Emissionen, der Einsatz wasserlöslicher Lacke oder das Recycling von Altautos als Pluspunkte betrieblicher Umweltpolitik gesehen werden. Problempunkte werden in erster Linie im jeweiligen arbeitsplatznahen Bereich identifiziert, allerdings ohne daß daraus ein expliziertes Beteiligungsbedürfnis an der Bearbeitung von Umweltthemen im Betrieb erwachsen würde. Ein Mangel an unmittelbaren Partizipationsmöglichkeiten wurde von keinem der Befragten direkt thematisiert. Nur von einer Minderheit wurden Anforderungen formuliert, die von der betrieblichen Interessenvertretung eine stärkere Bearbeitung von Umweltthemen erwarten. Eine breite Bewegung für eine Ausweitung des „ökologischen Mandats“ des Betriebsrates läßt sich auf der Basis der Beschäftigtenbefragung nicht erkennen.

11.3 Im Spannungsfeld zwischen Arbeits- und Lebensinteressen

In den bisherigen Betrachtungen waren einige Gemeinsamkeiten in den Verhaltensmustern in der Erwerbsarbeit und im Privatleben aufgefallen. Dazu gehören die arbeitsethisch begründeten Tugenden der Planung und Sparsamkeit, des pfleglichen Umgangs mit Ressourcen und Produkten, die in den Alltag ausstrahlen. In der Sorgfalt mit dem eigenen Pkw verlängert sich nicht nur das hohe Qualitätsbewußtsein aus der Produktion, sondern kommt das Interesse an einer möglichst hohen Verkaufsrendite zum Ausdruck. Eine andere Gemeinsamkeit war die hohe Bereitschaft zur Mülltrennung, die aus der gesellschaftlichen Diskussion zu umweltverträglichem Alltagsverhalten entstanden ist und nun in den Betrieb mitgenommen wurde. Weiterhin deuten unsere Beobachtungen zur Flexibilisierung der Arbeit und zur Entgrenzung zwischen Arbeit und Leben darauf hin, daß diese Übertragungen und Anpassungen in Zukunft noch bedeutsamer werden.

Es gibt aber nach wie vor klassische Konflikte im Umweltschutz, die aus unterschiedlichen Interessenlagen in Arbeit und Leben resultierten. Ein Konflikt beruht darauf, daß die industrielle Produktion Ressourcen aus ihrer Umwelt vernutzt und Produkte, Abfälle und Emissionen in die Umgebung entsorgt. Dieser Konflikt zwischen extensivem und billigem Naturverbrauch durch die Unternehmen und der privaten Lebensqualität der Menschen ist für solche Arbeitnehmer am virulentesten, die im Umfeld ihres Unternehmens leben und deren *Lebensqualität als Anwohner* deutlich wahrnehmbar beeinträchtigt oder geschädigt wird. Hier stellt sich die Frage, wie die bereichszuständigen Interessenorganisationen (betriebliche Interessenvertretung einerseits, Bürgerinitiativen und Umweltverbände andererseits) und natürlich jede(r) einzelne diesen Konflikt händelt.

Eine herausragende umweltpolitische Auseinandersetzung in Wolfsburg drehte sich um die Mitverbrennung von Lackschlamm und anderen Stoffen im Kraftwerk der Volkswagen AG. Die Energie für das Volkswagenwerk und für die Stadt Wolfsburg wird von zwei auf dem Werksgelände angesiedelten Kohlekraftwerken geliefert. Seit Anfang der neunziger Jahre setzt die VW Kraftwerk GmbH (VWK) für die Befeuerung der Kraftwerke zunehmend „energiehaltige Reststoffe“ ein, die aus Produktionsabfällen und Recyclingmaßnahmen gewonnen werden (aufbereitete Lackschlämme, Altreifen, Altöl, Klärschlamm und Kunststoffe, die im Produktionsprozeß anfallen). Für die VWK und für Volkswagen ergab sich ein Bündel gemeinsamer Vorteile: sichere Entsorgungskapazitäten bei knapper werdenden Deponiekapazitäten und steigenden Preisen für Sondermüll.

Die Verbrennung jeder einzelner dieser Abfallgruppen muß in einem Genehmigungsverfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Interessen geprüft und bewilligt werden. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) war als anerkannter Naturschutzverband frühzeitig beteiligt und hatte auf die Aufklärung und Mobilisierung der Öffentlichkeit gesetzt. Die Resonanz wuchs erst, als die VWK wenige Monate nach der Erteilung der Genehmigung zur Verbrennung von Altöl einen weiteren Antrag auf die Mitverbrennung von Lackschlämmen und Lösungsmitteln von Dritten stellte; insbesondere bei der Bevöl-

kerung des in der Hauptwindrichtung östlich des Werks gelegenen Stadtteils Vorsfelde. Hier waren Staub- und Geruchsbelästigungen aus dem VW-Werk bereits seit Jahren bekannt, ohne daß sie bis dahin öffentlich gesundheits- oder ökologiepolitisch problematisiert worden waren. Die mehrheitlich geteilte Einschätzung der lokalen IG Metall lief darauf hinaus, daß die bei Volkswagen „selbst“ produzierten Stoffe auch im Verbrennungsprozeß kontrollierbar und umweltverträglich verwertbar seien – dagegen sei eine Verbrennung von Abfallstoffen aus fremder Produktion nicht mehr kontrollierbar und deshalb auch politisch nicht hinnehmbar.

Nach Anlauf des zweiten, auf die erhebliche Ausweitung der Mitverbrennung abzielenden Genehmigungsverfahrens nahm die IG Metall-Ortsteilgruppe in Vorsfelde erstmalig Kontakt zum BUND als einem umweltpolitisch ausgewiesenen und auch für das spezifische Problem kompetenten Bündnispartner auf. Beide Organisationen vereinbarten eine klare Arbeitsteilung: Vom BUND wurde die fachliche Aufarbeitung, die Ausformulierung von Stellungnahmen für das Genehmigungsverfahren, die Erstellung von Material für die Öffentlichkeitsarbeit und die Kontaktpflege zu externen Umweltexperten übernommen. Die IG Metall stellte ihre Infrastruktur vor Ort, etwa ein Stadtteilibüro als Anlaufstelle, sowie ihren ehrenamtlichen Apparat zur öffentlichen Mobilisierung zur Verfügung. Zudem übernahm die IG Metall-Verwaltungsstelle Wolfsburg einen Teil der Finanzierung der gemeinsamen politischen Kampagne. Die Aktionen stießen zum Teil auf eine außerordentliche Resonanz in der Bevölkerung (Flugblattaktionen, Bürgerberatung, Podiumsdiskussionen, Sammlung von 6000 schriftlichen Einwendungen, Theateraufführungen, Politikergespräche). Auf dem Höhepunkt der Mobilisierung wurde eine „Bürgerinitiative gegen Giftmüllverbrennung“ aus der Überlegung heraus gegründet, die fachliche Arbeit (als Aufgabe des BUND) und stärker aktionsorientierte Politikformen (als Arbeitsfeld der Bürgerinitiative) organisationspolitisch zu trennen. Neben diesen pragmatischen Überlegungen hatten sich aber auch politische Differenzen in der Frage gezeigt, welche Ziele in diesem Konflikt überhaupt durchsetzbar seien: Während der BUND und die IG Metall auf eine Begrenzung des verbrannten Abfalls hinsichtlich der Menge und der Herkunft setzten (nur VW-Müll), forderten die AktivistInnen der Bürgerinitiative den vollständigen Verzicht auf die Müllverbrennung im Kraftwerk.

Die VW Kraftwerk GmbH wurde durch den massiven Protest völlig überrascht und gab die Zusage, nur noch Lackschlämme aus der Volkswagen-Produktion zu verwerten; später wurde zudem zwischen der VWK und dem Land Niedersachsen die freiwillige Vereinbarung geschlossen, die bewilligten Grenzwerte für Schadstoffimmissionen im Jahresmittel nur zu 40 Prozent auszunutzen. Beide Zugeständnisse wurden aber nur als Scheinerfolg gewertet: die beantragte (und später genehmigte) Menge zu verbrennender Abfälle wurde nicht reduziert und später in einem vereinfachten, nicht anhöpfungspflichtigen Verfahren doch die Ausweitung der Herkunftsgebiete beantragt. Dies wurde als massiver Vertrauensbruch durch das Unternehmen interpretiert. Dennoch war der öffentliche Protest mit Abschluß der Anhörungsverfahren zusammengebrochen; ein Teil der Bevölkerung war durch die Zusagen der VWK verunsichert worden, sah keine weiteren Erfolgsmöglichkeiten und war durch die verschachtelten Genehmigungsverfahren und komplexen Grenzwert-Diskussionen verunsichert. Bei den vor Ort aktiven GewerkschafterInnen und UmweltschützerIn-

nen verbreiteten sich zunehmend Frustration und Demotivation angesichts der geringen Erfolge.

Gleichwohl lohnt der Blick auf die Frage, wie sich überhaupt – angesichts eines allgemein schwach ausgeprägten öffentlichen Engagements in Wolfsburg – die ungewöhnlich breite Mobilisierung in der Bevölkerung herstellen ließ. Verschiedene ExpertInnen verwiesen auf die gemeinsame Betroffenheit durch Geruchs- und Staubbelastungen im Stadtteil und auf die lokale Identität in einer gewachsenen Kommune. Erst der gemeinsame Vorstoß von IG Metall und BUND setzte eine Protestdynamik in Gang. Diese hatte sich allerdings von Anfang an mit einer spezifischen Schwierigkeit auseinanderzusetzen: Wie in der gesamten Stadt sind die Bewohner von Vorsfelde zum größten Teil zugleich auch Beschäftigte von VW. Daraus folgte für die Beschäftigten ein prinzipielles Dilemma zwischen der Beunruhigung über die Umwelt- und Gesundheitsgefährdung einerseits und der Loyalität zum Unternehmen und der Befürchtung andererseits, Arbeitsplätze bei VW – möglicherweise gar den eigenen – gefährden zu können. Die Dominanz des Werks über die Stadt und die hohe soziale Kontrolle im Wohngebiet erzeugten eine diffuse Angst, die privaten Rückzug und Konformität der Lebensweise begünstigt. Das grundsätzliche Dilemma wurde dadurch abgeschwächt, daß die IG Metall sich engagierte und in besonderem Maße politisches Vertrauen bei den Beschäftigten und der Wolfsburger Bevölkerung genießt – allerdings tauchte notwendigerweise das gleiche Dilemma innerhalb der IG Metall auf. Damit gewann das Anliegen für die Beschäftigten „Seriosität“, war eine radikale „grüne“ Infragestellung der industriellen Produktion von außen und damit auch eine Gefährdung der Arbeitsplätze ausgeschlossen.

Zugleich wurde aber die Reichweite der Mobilisierung durch ein Bündel von Faktoren begrenzt: das Profil der politischen Forderungen war beschränkt auf die Begrenzung der Müllverbrennung. Diese Forderung hatte sich an ihrer Durchsetzbarkeit orientiert, und die Kampagne mußte in sich zusammenfallen, als erkennbar wurde, daß sie weder im Verfahren noch durch politischen Druck durchzusetzen war. Entsprechend war die Mobilisierung auf den Verlauf des behördlichen Genehmigungsverfahrens ausgerichtet. Hinzu kamen die Loyalitätskonflikte der VW-Beschäftigten und die Komplexität der Materie.

Insgesamt war die Kooperation zwischen der Gewerkschaft und dem Umweltverband kein randständiges Ereignis, sondern ist noch heute bei allen Befragten präsent. Trotz eines ausbleibenden Erfolgs in der Sache ist es der IG Metall gelungen, fallweise ihr Politikfeld um Aspekte lebensweltlicher Ökologie zu erweitern, sie wurde zum potentiell handlungsfähigen Ansprechpartner auch außerhalb der Erwerbsarbeit. Dem BUND auf der anderen Seite ist es gelungen, die Ökologiefrage an einem konkreten Beispiel in das Arbeitermilieu zu transportieren und trotz des zugespitzten Konflikts die sonst schnelle Frontstellung „Umwelt contra Arbeit“ zu vermeiden.

12. Zusammenfassung

Die Hypothesen über positive Wechselwirkungen zwischen neuen Arbeitszeitmustern und nachhaltiger Lebensführung haben sich nicht bestätigt. Eine wesentliche Ursache liegt darin, daß die Beschäftigten nicht in die Konzipierung des Tarifkonzepts einbezogen waren und ihre Arbeitszeitinteressen, z. B. in Form erhöhter Optionalität, nicht einbringen konnten. Zumindest die Gewerkschaften hatten angenommen, daß sich die Arbeitszeitverkürzung, auch in Kombination mit den verschiedenen Formen der Flexibilisierung, wie früher quasi automatisch in einen erhöhten Zeitwohlstand umsetzen würde. Die Folgen der Flexibilisierung für den Zeitwohlstand waren von den Tarifparteien nicht reflektiert worden. Für die thematische Ausgrenzung der Folgen für die Lebensführung spielte sicher auch das gewerkschaftliche Argument eine Rolle, daß der Tarifvertrag keine Verschlechterung gebracht habe. Die Vernachlässigung der „sozialen Seite der Arbeitszeit“ führte dazu, daß die Beschäftigten die neuen Arbeitszeitmuster nicht als von ihnen gewollte und durchgesetzte Gestaltungschance ansahen, sondern als ein zeitlich befristetes Zugeständnis an eine solidarische Tarifpolitik und an die Flexibilitätserfordernisse eines Weltmarktkonzerns. Das erhebliche freigesetzte Zeitvolumen ist – bis auf eine gewisse Entdichtung der Freizeit – nicht für mehr Lebensqualität genutzt worden.

Die schwache Nutzung des Zeitpotentials ist darüber hinaus auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen, die wir eingangs als Kontextualisierung beschrieben haben. Dazu gehört an prominenter Stelle das relativ geschlossene soziale Milieu in Wolfsburg, das nach wie vor dem erfolgreichen „Modell Deutschland“ folgt. Taktgeber der Stadt und des individuellen Lebens ist der Konzern, der lebenslange Vollzeit-Arbeitsplätze und ein wohlständiges Familieneinkommen garantiert. Die hohe Abhängigkeit von Erwerbsarbeit wird durch hohe Existenzsicherheit und überdurchschnittlichen materiellen Wohlstand honoriert. Abweichende Lebensentwürfe sind in dieser Stadt selten und werden auch nicht gefördert; der gesamte dritte Sektor ist unterdurchschnittlich entwickelt. Die Stadtstruktur ist vom Werk vorgegeben, die komfortable Infrastruktur durch den Konzern gewährleistet. Dadurch ist bei vielen Bürgern eine passive Versorgungshaltung entstanden, die Interessenvertretung an den starken Betriebsrat bzw. die Gewerkschaft delegiert. Die hohe soziale Kontrolle in der Stadt befördert den Rückzug ins Private. Dieses Modell hat VW erst 1998 mit dem Konzept der „Autostadt“ erneuert.

Die Erwerbsorientierung und kommunalpolitische Passivität der Wolfsburger drückt sich auch in einer schwachen Ausprägung eigensinniger Freizeitinteressen aus. Diese sind mehrheitlich schwach entwickelt und werden gegebenenfalls zugunsten betrieblicher Anforderungen hintangestellt. Die Flexibilisierung beeinträchtigt das Vereinsleben, das immer noch die wichtigste private Form sozialer Integration darstellt. Bei den ehemals stabilen, kollektiven Arbeitszeitmustern war die Vertretung von Freizeitinteressen nicht notwendig – die Freizeiten waren klar vorgegeben. Mit der Durchsetzung des individuellen Zeitmanagements hat sich die Situation grundlegend

geändert: Jede(r) Beschäftigte muß seine privaten Zeitinteressen klären, im Betrieb thematisieren und in Aushandlungsprozessen durchsetzen. Das widerspricht der Wolfsburger Arbeitssozialisation, das wurde nicht gelernt. Insofern hätte der Einstieg in eine offene Zeitflexibilisierung als langsamer Lernprozeß unter Einbeziehung der Arbeits- und Lebensinteressen der Beschäftigten erfolgen müssen. Im Gegensatz dazu ist sie als Setzung von oben erfahren worden, die inzwischen mehrmals einseitig aufgekündigt wurde (Rückkehr zum Drei-Schicht-System 1999). Der Konzern hat die Arbeitszeitpolitik selbst flexibilisiert und damit den Arbeitszeitregelungen die Stabilität und Berechenbarkeit entzogen, die Voraussetzung für soziale Lernprozesse ist, in diesem Fall für die Aneignung des Zeitwohlstands.

Auch in bezug auf die Gewichtung der Umweltmotivation haben unsere Ausgangshypothesen nicht getragen. Einmal hat die Beschäftigungssicherung durch den Tarifvertrag offensichtlich nicht zu einem Sicherheitsgefühl geführt, auf dessen Grundlage qualitative Planungen und Neuentwürfe der Gestaltung der freien Zeit hätten stattfinden können. Die hohe Bereitschaft zur Anpassung an die Arbeitszeitvorgaben des Konzerns und insbesondere die pessimistischen Zukunftsvisionen haben uns den Eindruck vermittelt, daß weiterhin eine hohe Unsicherheit aufgrund der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und auch aufgrund neuer Unternehmensstrategien wie Benchmarking besteht. Diese Unsicherheit führte eher zu pragmatischer Prioritätensetzungen in der Lebensführung auf das Wichtigste; die flexiblen Arbeitsanforderungen und die Besitzstandssicherung bereiten zunehmend Streß und senken die Bereitschaft, sich zusätzlich anzustrengen und zu exponieren. Darüber hinaus erschwert die Flexibilisierung objektiv sozial-ökologisches Engagement; sie ist von einer Arbeitsintensivierung begleitet, die den Erholungsbedarf erhöht, und sie behindert kollektive Formen des Freizeitengagements. Solange Flexibilisierung einseitig durch betriebliche Vorgaben erfolgt und nicht als Abstimmungsprozeß zwischen betrieblichen und persönlichen Interessen, werden eher soziale Zeiten vernichtet, als daß „flexibler Zeitwohlstand“ entsteht. Zeitwohlstand verlangt Optionalität, Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit, die im gegenwärtigen Zustand nur für eine kleine Elite von gefragten Arbeitsunternehmern durchsetzbar ist.

Auf der anderen Seite haben die ökologischen Motive nicht in dem Maße auf eine Veränderung der Lebensführung eingewirkt, wie wir vermutet hatten. Es existiert zwar durchgehend ein ausgeprägt hohe Umweltbewußtsein, aber nur ein geringes Bewußtsein von eigener Betroffenheit. Wolfsburg wird als eine grüne Stadt gesehen, mit Radwegen und Naherholungsgebieten, ohne die Hektik einer großstädtischen Metropole und ohne die Emissionen eines altindustriellen Zentrums. Die Symbiose von Autoproduktion und Autonutzung mit intakter Natur scheint ihnen in Wolfsburg geglückt, sie sehen nur kleine und machbare Verbesserungsmöglichkeiten. Diese Sichtweise führt dazu, daß umweltpolitisches Engagement faktisch nicht vorhanden ist und individuelle Umorientierungen aus privaten Situationen und Ereignissen resultieren: der Geburt der Kinder und Krankheiten. Die Fürsorge für die eigene Gesundheit und insbesondere für die Kinder ist der Transmissionsriemen für eine nachhaltige Haushaltsführung, die in erster Linie von den Frauen vorangetrieben wird. Hier gibt es noch eine existentielle Anbindung an die menschliche Natur und an die Rechte zukünftiger Generationen, die Bestandteile der sozialen Nachhaltigkeit sind.

Es gab allerdings wenig Indikatoren dafür, daß sich diese Verknüpfung zu einem eigenständigen ökologischen Engagement weiterentwickeln würde. Vielmehr haben wir auch im Bereich der Haushaltsführung eher die Aktivierung alter (Arbeiter-)Tugenden registriert, die mit der Kommerzialisierung, Flexibilisierung und Individualisierung der privaten Lebensführung in einem wachsenden Spannungsverhältnis stehen: Ausgabenplanung und Sparsamkeit. Sie sind auf die Einkommenseinbußen durch den Tarifvertrag zurückzuführen und werden durch Verschuldung und den Übergang zu Billigkonsum überlagert.

Die Chancen für eine zukunftsfähige Verbindung zwischen Planung und Sparsamkeit einerseits und Umweltverträglichkeit andererseits stehen auch deshalb so schlecht, weil dafür kaum Infrastrukturen entwickelt sind. Diese Tugenden liegen nicht im Trend des Wertewandels und dem scheinbaren Nachholbedarf der Arbeiter an materiellem Wohlstand. Es gab in Wolfsburg eine schmale Infrastruktur von verbrauchsnahem ökologischen Handel und Dienstleistungen, keine breite Palette von zertifizierten und preiswerten ökologischen Produkten, keine kommunalen Kampagnen und Kundeninformationen, kaum Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen. Wer ökologisch bauen will, fährt einen ganzen freien Tag herum, um sich die Materialien zusammenzusuchen. Er/sie muß besonders motiviert und aktiv sein, um die Schwelle zu etwas mehr Umweltschutz zu überschreiten. Dazu bedarf es aber ermutigender Kampagnen und ermöglichender Infrastrukturen („Gelegenheitsstrukturen“), die maßgeblich im dritten Sektor wachsen und der in Wolfsburg aufgrund des passiv konsumeristischen Wohlstandsmodells unterentwickelt ist. Die Reflexion der Wechselwirkung zwischen Arbeitszeitmustern und privater Lebensführung wäre eine große Chance für den Ausbau der zivilgesellschaftlichen Potentiale, die durch die beschäftigungssichernde Arbeitszeitverkürzung eröffnet worden sind.

Literatur

- Beier, Rosmarie (1997): Aufbau West – Aufbau Ost: die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit. Ostfildern-Ruit
- Biesecker, Adelheid (1999): Kooperative Vielfalt und das Ganze der Arbeit – Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff. WZB-Paper, Berlin
- Birke, Martin; Schwarz, Michael (1994): Umweltschutz im Betriebsalltag. Opladen
- Bogun, Roland; Osterland, Martin; Warszewa, Günter (1990): Was ist überhaupt noch sicher auf der Welt – Arbeit und Umwelt im Risikobewußtsein von Arbeitern. Berlin
- BUND/Misereor (Hg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Basel, Boston, Berlin
- Bundesministerium für Familie und Senioren (1994): Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland. Wiesbaden
- Bundesministerium für Umwelt (1996): Umweltbewußtsein in Deutschland. Bonn
- DGB (1997): Die Zukunft gestalten. Düsseldorf
- Dyllick, Thomas (1998): Ökologische Wettbewerbsstrategien. In: Fichter, Klaus; Clausen, Jens (Hg.), Schritte zum nachhaltigen Unternehmen. Heidelberg
- Eberling, Matthias; Henckel, Dietrich (1998): Kommunale Zeitpolitik. Berlin
- Friedman, Andrew (1987): Managementstrategien und Technologie: Auf dem Weg zu einer komplexen Theorie des Arbeitsprozesses. Berlin
- Hartz, Peter (1996): Das atmende Unternehmen. Frankfurt, New York
- Heine, Hartwig; Mautz, Rüdiger (1989): Industriearbeiter kontra Umweltschutz. Frankfurt, New York
- Hielscher, Volker; Hildebrandt, Eckart (1999): Zeit für Lebensqualität – Auswirkungen verkürzter und flexibilisierter Arbeitszeiten auf die Lebensführung. Berlin
- Jürgens, Kerstin; Reinecke, Karsten (1998): Zwischen Volks- und Kinderwagen. Berlin
- Lange, Hellmuth; Haufstein, Wolfgang; Lörx, Susanne (1995): Gas geben? Umsteuern? Bremsen! Frankfurt/M.
- Preißendörfer, Peter; Franzen, Axel (1996): Der schöne Schein des Umweltbewußtseins. In: Diekmann/Jäger (Hg.), Umweltsoziologie. Opladen, S. 219-244
- Rinderspacher, Jürgen (1999): Zeitwohlstand in der Moderne. WZB-Paper, Berlin
- Sachs, Wolfgang (1993): Die vier E's. In: Politische Ökologie Special, Sept./Okt. 1993, S. 69-72
- Zimpelmann, Beate; Gerhardt, Udo; Hildebrandt, Eckart (1992): Die neue Umwelt der Betriebe. Berlin

Papers der Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“

- P98-501 Jürgen Blazejczak, Eckart Hildebrandt, Joachim H. Spangenberg, Helmut Weidner: Arbeit und Ökologie – Ein neues Forschungsprogramm, 85 S.
- P99-502 Eckart Hildebrandt: Arbeit und Nachhaltigkeit, 39 S.
- P99-503 Felix Beutler, Jörg Brackmann: Neue Mobilitätskonzepte in Deutschland – Ökologische, soziale und wirtschaftliche Perspektiven, 80 S.
- P99-504 Volker Hielscher: Gewerkschaftsarbeit im Wohngebiet: Eine Antwort auf neue Herausforderungen der Gewerkschaften?, 29 S.
- P99-505 Sebastian Brandl, Ulli Lawatsch: Vernetzung von betrieblichen Interessenvertretungen entlang der Stoffströme – Alternativen zu dezentralisierten, den einzelnen Betrieb betreffenden Formen der Interessenvertretung, 46 S.
- P99-506 Carroll Haak, Günther Schmid: Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten – Modelle einer zukünftigen Arbeitswelt?, 44 S.

Bei Ihren Bestellungen von WZB-Papers schicken Sie bitte unbedingt einen an Sie adressierten **Aufkleber** mit, sowie **je Paper** eine **Briefmarke im Wert von DM 1,00** oder einen "**Coupon Réponse International**" (für Besteller aus dem Ausland).

Please send a **self-addressed label** and **postage stamps in the amount of 1 DM** or a "**Coupon-Réponse International**" (if you are ordering from outside Germany) for **each** WZB-Paper requested.

Bestellschein

Order Form

Absender • Return Address:

An das
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
PRESSE- UND INFORMATIONSREFERAT
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

*Hiermit bestelle ich folgende(s)
Discussion Paper(s):*

*Please send me the following
Discussion Paper(s):*

Autor(en) / Kurztitel • Author(s) / Title(s) in brief	Bestellnummer • Order no.

